epd-Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main
Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann
Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081
USt-ID-Nr. DE 114 235 916
Verlagsleiter: Bert Wegener
Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs
Verantwortlicher Redakteur epd-Dokumentation: Uwe Gepp

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags

Bezugspreis **Online-Abonnement** „epd-Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 31,95 Euro, jährlich 383,40 Euro, vier Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar.
Online-Abonnement inkl. Archivnutzung von „epd Dokumentation“ (ab Jahrgang 2001): jährlich 450,60 Euro

Bestellservice: GEP gGmbH Leserservice, Postfach 1154, 23600 Bad Schwartau,
Tel.: 0451 4906-830, Fax: 0451 4906-950, E-Mail: gep-leserservice@medienexpert.com

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel.: 069/58098-209,
Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd-Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd-Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.
Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),
Tel.: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:
Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Evangelischer Pressedienst
epd
Dokumentation

Frankfurt am Main ▪ 5. September 2023 www.epd.de **Nr. 36**

Öffentlich-Rechtliche im Brennpunkt

Frühjahrstagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing, 17. – 19. März 2023

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst epd-Dokumentation dient der persönlichen Unterrichtung. Nachdruck nur mit Erlaubnis und unter Quellenangabe.

Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

Im Dienst der Gesellschaft

Zu Beginn der 1920er Jahre erfanden die pragmatischen Briten das öffentlich-rechtliche Prinzip in Gestalt der BBC mit ihren drei Stoßrichtungen: informieren (für eine gute Demokratie), bilden (im Dienst der Gesellschaft und ihrer Kultur) und unterhalten (um ein breites Publikum zu gewinnen). Fast jedes europäische Land hat auf seine Weise das Modell übernommen. Wie aktuell ist es heute, im digitalen Zeitalter? Und was muss sich ändern?

Veränderung ist das tägliche Brot der Medienwelt. Alle journalistischen Anbieter müssen umdenken und umbauen. Das gilt für private wie für öffentlich-rechtliche Medienhäuser. Es fällt jedoch auf, dass die Debatte über Auftrag, Angebot und Zukunft von ARD und ZDF verstärkt an Fahrt aufgenommen hat. Streitthemen sind die Finanzierung, das Programmangebot, eine angebliche Schlagseite in der Berichterstattung, die Online-Präsenz, das Wechselspiel mit privaten Medien, aber auch Fehlentwicklungen bis hin zur Krise beim RBB.

Qualitätsjournalismus wird vielerorts zum Verlustgeschäft: Was ist in Zukunft der Beitrag von ARD und ZDF? Welchen Stellenwert, welche Rolle hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk in einer Zeit der Desinformation und Fake News, der Medienkonzentration, der ungewissen Geschäftsmodelle privater Anbieter, aber auch des Machtgebarens sozialer Medien in der Hand etwa von Elon Musk? Wie sieht der ÖRR morgen aus?

(Aus der Einladung zur Akademietagung)

Quellen:

Öffentlich-Rechtliche im Brennpunkt

Frühjahrstagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing, 17. – 19. März 2023

Inhalt:

Öffentlich-Rechtliche im Brennpunkt
Frühjahrstagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing, 17. - 19. März 2023

► Pfr. Udo Hahn:
Vorwort **4**

► Dr. h.c. mult. Roger de Weck:
Einführung **6**

► Prof. Dr. Kai Gniffke:
Herausforderungen der ARD **8**

► Kirchenpräsident Dr. Dr. h. c. Volker Jung:
Wie sich die evangelische Kirche medienpolitisch positioniert **12**

► Dr. Peter Frey:
Die Öffentlich-Rechtlichen morgen und übermorgen **15**

► Prof. Dr. Richard David Precht im Gespräch mit Dr. h.c. mult. Roger de Weck:
Die vierte Gewalt – Eine Debatte **17**

► Prof. Dr. Mark Eisenegger, Johannes Hillje und Aurelie von Blazekovic
im Gespräch mit Dr. h.c. mult. Roger de Weck:
Stärken und Schwächen des Angebots der Öffentlich-Rechtlichen **29**

► Staatssekretärin Heike Raab:
Demokratie und Medien **38**

► Verzeichnis der Autorinnen und Autoren **42**

Vorwort

Pfr. Udo Hahn, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing

Der Politische Club ist als ältestes Diskursformat der Evangelischen Akademie Tutzing, 1953 gegründet. Die Leitung liegt seit den Anfängen in den Händen eines Politikers/einer Politikerin, eines Politologen – oder eines Journalisten. Seit Herbst 2022 hat der Schweizer Publizist und Ökonom Dr. h.c. mult. Roger de Weck, ehem. Chefredakteur der Wochenzeitung »Die Zeit« sowie Generaldirektor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) dieses Amt inne.

Seit jeher versteht sich der Politische Club als ein Seismograph für gesamtgesellschaftliche Debatten. Zahlreiche Impulse sind von ihm ausgegangen. Der prominenteste ist mit Egon Bahr verbunden, der 1963 in einer Tagung das Motto der Ostpolitik Willy Brandts, »Wandel durch Annäherung«, prägte.

Seismograph zu sein, setzt voraus, die Hand am Puls des Zeitgeschehens zu haben. Auch dafür steht das Tagungsformat. Als wir im Herbst 2022 die Entscheidung trafen, »Öffentlich-Rechtliche im Brennpunkt« zum Thema der Frühjahrstagung (17.-19. März 2023) zu machen, waren wir davon ausgegangen, einen Beitrag zur Meinungs-bildung leisten zu können. Dass die Tagung auch einen Beitrag leisten könnte, tagesaktuelle Entwicklungen einordnen zu helfen, das war nicht vorhersehbar.

Einen Tag vor Beginn der Tagung war in der Ministerpräsidentenkonferenz am 16. März 2023 eine Einigung darüber erzielt worden, strengere und einheitliche Regelungen für Transparenz, Gremienkontrolle und regelgerechtes Verhalten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) zu schaffen. Dazu wurde der zugehörige Gesetzesentwurf des 4. Medienänderungsstaatsvertrags (MÄndStV) veröffentlicht. Der Entwurf wurde den Landesparlamenten zur Vorunterrichtung vorgelegt und soll von den Regierungschefinnen und -chefs der Länder unterschrieben werden, um Anfang 2024 in Kraft zu treten. Die Änderungen sind insbesondere eine Reaktion auf die Krise beim RBB um die ehemalige Intendantin Patricia Schlesinger und die Vorwürfe gegen Führungskräfte beim NDR.

Die neuen Regeln gelten für die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio. Neben der generellen Verpflichtung zu »größtmöglicher Transparenz« muss der ÖRR insbesondere seine interne Struktur im jeweiligen Internetauftritt offenlegen. Daneben werden die Anstalten verpflichtet, Compliance-Systeme einzurichten und fortzuschreiben. Außerdem wird die Gremienaufsicht gestärkt. Um die Wirksamkeit der Aufsicht sicherzustellen, müssen die Mitglieder der Aufsichtsgremien hinreichende Kenntnis in Wirtschaftsprüfung, Betriebswirtschaft und Medienrecht haben, die durch von den Anstalten finanzierte Fortbildungen sichergestellt werden soll. Daneben werden Fälle geregelt, in denen Mitglieder der Gremien wegen Interessenkollisionen nicht an der Entscheidungsfindung teilnehmen dürfen.

Und noch eine Entscheidung schlug den Bogen zur Tagung des Politischen Clubs: Acht Expertinnen und Experten waren in ein interdisziplinär zusammengesetztes Beratungsgremium der Rundfunkkommission berufen worden. Einer der Experten ist der Leiter des Politischen Clubs, Roger de Weck. Der Zukunftsrat soll bis zum Herbst dieses Jahres Empfehlungen für die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seine Nutzung und Akzeptanz erarbeiten.

Zuletzt hatte sich der Politische Club vom 15. - 17. Juni 2018 mit der aktuellen Medienentwicklung befasst. Die Tagung stand damals unter dem Thema »Medien im Wandel – Medien in der Krise?« (*epd Dokumentation 39/2018*). Seinerzeit hatten sich in den Tagen davor die Ministerpräsidenten der Länder auf einen neuen sogenannten Telemedienauftrag verständigt – und damit auf den Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag).

Noch ein Wort zum Konzept der aktuellen Tagung: Zu Beginn der 1920er Jahre erfanden die pragmatischen Briten das öffentlich-rechtliche Prinzip in Gestalt der BBC mit ihren drei Stoßrichtungen: informieren (für eine gute Demokratie), bilden (im Dienst der Gesellschaft und ihrer Kul-

tur) und unterhalten (um ein breites Publikum zu gewinnen). Fast jedes europäische Land hat auf seine Weise das Modell übernommen. Wie aktuell ist es heute, im digitalen Zeitalter? Und was muss sich ändern?

Veränderung ist das tägliche Brot der Medienwelt. Alle journalistischen Anbieter müssen umdenken und umbauen. Das gilt für private wie für öffentlich-rechtliche Medienhäuser. Es fällt jedoch auf, dass die Debatte über Auftrag, Angebot und Zukunft von ARD und ZDF verstärkt an Fahrt aufgenommen hat. Streitthemen sind die Finanzierung, das Programmangebot, eine angebliche Schlagseite in der Berichterstattung, die Online-Präsenz, das Wechselspiel mit privaten Medien, aber auch Fehlentwicklungen bis hin zur Krise beim RBB.

Qualitätsjournalismus wird vielerorts zum Verlustgeschäft: Was ist in Zukunft der Beitrag von ARD und ZDF? Welchen Stellenwert, welche Rolle hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk in einer Zeit der Desinformation und Fake News, der Medienkonzentration, der ungewissen Geschäftsmodelle privater Anbieter, aber auch des Machtgebarens sozialer Medien in der Hand etwa von Elon Musk? Wie sieht der ÖRR morgen aus?

Die vorliegende *epd Dokumentation* umfasst die meisten Beiträge der Tagung. Soweit es sich um Gespräche handelt, wurden diese behutsam redigiert und der Sprachstil beibehalten. D

Einführung

Dr. h.c. mult. Roger de Weck, Leiter des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing

ARD und ZDF haben, neben der BBC in Großbritannien, das weltbeste TV-Angebot für ein breites Publikum. ARD und Deutschlandradio zählen zu den angesehensten Rundfunkanbietern. Auch das Online-Angebot ist erstklassig. Die deutsche Politik tut gut daran, der ARD, dem ZDF und dem Deutschlandradio Sorge zu tragen.

Wo Lügen und Propaganda (nicht nur aus Russland) überhandnehmen, wird die verlässliche Information des breiten Publikums noch wichtiger für die Demokratien.

Mit Werbung freilich machen private Medienhäuser immer weniger Geld: Guter Journalismus wird zusehends unrentabel. Das ist nicht bloß ein medienpolitisches, sondern ein demokratiepolitisches Problem. Verschlechtert sich die Information des breiten Publikums, unterhöhlt das die Demokratie.

Die wenigen Qualitätsmedien, die sich an eine Bildungs- oder Führungselite wenden, haben auch wirtschaftliche Sorgen. Die eigentliche medien- und demokratiepolitische Herausforderung ist aber die verlässliche, leicht verständliche Information aller Normalbürgerinnen und -bürger.

Hier spielen zwei im besten Sinn populäre Gattungen eine wertvolle Rolle:

- einerseits die lesernahen Regionalmedien, die sich in der Bundesrepublik besser halten als woanders, wiewohl die Vielfalt auch hierzulande leidet;

- andererseits die öffentlich finanzierten Medienhäuser – sie haben das Geld, das ein zuverlässiger und zugänglicher audiovisueller Journalismus braucht.

ARD, ZDF und Deutschlandfunk bilden für viele Durchschnittsbürgerinnen und -bürger eine stabile »Rückversicherung« in unsicheren Zeiten und im ständigen Umbruch der Medienlandschaft.

Da öffentliche Medienhäuser mit fremdem Geld arbeiten – nämlich demjenigen der Gebührenzahler –, stehen sie allerdings in der Pflicht und Verantwortung, es möglichst gut einzusetzen und nie aus dem Vollen zu schöpfen. Wer als Journalist von Berufs wegen hinterfragt, wird am besten auch stets sich selbst prüfen.

Ebenso klar ist, dass die Öffentlich-Rechtlichen ihre Struktur kräftig modernisieren müssen. Aber eine straffere Organisation geht unweigerlich zulasten des Föderalismus. Und: Journalismus und audiovisuelle Produktion lassen sich jederzeit in jeder Redaktion effizienter gestalten, zweifellos. Doch Effizienzwahn wiederum kann neue Bürokratie hervorbringen.

In der Medienwelt halten sich zwei Lebenslügen. Die Lebenslüge mancher Redakteurinnen und Redakteure ist, man dürfe schlicht nicht weiter sparen. Die Lebenslüge vieler Verleger, Medienmanager und Medienpolitiker ist, man könne mit weniger Geld besseren Journalismus und stärkere audiovisuelle Produktionen machen. Im Einzelfall mag das zutreffen, in aller Regel aber erreicht man das Publikum dank sorgsamer Auseinandersetzung mit dem Gegenstand der Berichterstattung, dank hoher Produktionsstandards – und dank Spitzentechnologie.

Das derzeitige Hau-den-Lukas-Fieber darf die Mediendebatte nicht länger schütteln. Eine weiterführende Diskussion sieht anders aus. Und darf zweierlei nicht übersehen.

Erstens. Es waren die pragmatischen Briten, die 1922 in Gestalt der BBC das Grundmuster eines unabhängigen öffentlichen Medienhauses erfanden. Von Anfang an sollte die BBC informieren, bilden und unterhalten. Denn jedes gute Angebot für das breite Publikum lebt von der stimmigen Mischung dieser drei Komponenten.

Zweitens. Die Leistungsaufträge öffentlicher Medienhäuser gründen in den Werten der Aufklärung: gute Information für eine gute Demokratie; Zusammenhalt der Gesellschaft; Visibilität und Inklusion von Minderheiten; Förderung der Kultur, also des Zivilisierten. Doch nunmehr wirken in ganz Europa antiaufklärerische, antidemokratische Kräfte. Autoritäre Reaktionäre und Putin-Bewunderer greifen die öffentlich-rechtlichen

Medienhäuser am heftigsten an, weil sie deren Leistungsaufträge für tendenziös halten: Ein unabhängiger, unbequemer Journalismus im Sinne der Aufklärung ist ihnen verhasst.

In den Uneinigen Staaten von Amerika fristen öffentliche Anbieter wie der *Public Broadcasting Service PBS* mangels Geld ein Mauerblümchendasein. Es fehlen starke und ausgewogene audiovisuelle Medien, die alle Bürgerinnen und Bürger ansprechen – und so ihren Beitrag leisten, die Zweiteilung von Gesellschaft und Medienlandschaft in ein reaktionäres und ein liberales Lager zu überwinden. Genau solche Polarisierung betreiben aber die Antiaufklärer. Das ist der tiefere Grund, warum die AfD methodisch ARD und ZDF schlechtzumachen versucht.

Und die Antwort? Kräftige Reformen werden dringlicher: um die Öffentlich-Rechtlichen zu stärken und ihnen in digitalen Zeiten zu noch besserem Publikumserfolg zu verhelfen.

Hinweis: Die Einführung fußt auf einer stark gekürzten Fassung eines ZEIT-Beitrags von Dr. h.c. mult Roger de Weck vom 14. September 2022

Herausforderungen der ARD

Prof. Dr. Kai Gniffke, Intendant des Südwestrundfunks und ARD-Vorsitzender

Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass eine Akademie, eine Tagung eigentlich dafür da ist, über den Tag hinaus zu denken und auch mal kühne Gedanken zu artikulieren. Gleichwohl bin ich mir genauso bewusst, dass jeder kühne Gedanke von mir morgen, spätestens in der kommenden Woche, gebraucht, verbraucht und möglicherweise auch missbraucht werden kann. Insofern versuche ich heute, den richtigen Grat zu halten – ein paar Dinge zu sagen, die über den Tag hinaus gehen, ohne dass ich damit sofort eine Position der ARD beschreibe oder gar zementiere. Dafür bitte ich um Verständnis.

Es dämmert uns ja allen irgendwie, dass nichts mehr bleibt, wie es ist. Und dass sich nicht wie früher die Dinge so nach und nach entwickeln, sondern das sich Geschichte immer mehr in Brüchen, Überraschungen und Unterbrechungen entwickelt. Und in dieser Zeit der Umbrüche spielen Medien eine wichtige, eine geradezu zentrale Rolle. Sie liefern den Brennstoff für die gesellschaftlichen Debatten darüber, wie wir mit den existenziellen Fragen unserer Zeit umgehen können. Und diese Fragen türmen sich im Moment geradezu auf: die Pandemie, der Klimawandel, die Inflation, der demographische Wandel, der Arbeitskräftemangel.

Die Frage ist, was passiert, wenn wir im Medienbereich jetzt nichts tun? Dann überlassen wir die Medienlandschaft und den Diskurs den chinesischen und amerikanischen Plattformenbetreibern-Betreibern, die den Markt heute beherrschen, eine Handvoll Konzerne. Wir sollten uns klar machen, dass Jeff Bezos, Xi Jinping, Elon Musk, nach anderen moralischen Regeln spielen als wir, denn sie verfolgen andere Ziele.

Und auf erschreckende Weise zeigt sich, zum Beispiel bei den Ereignissen in Brasilien jüngst, aber auch in den Vereinigten Staaten, in der Türkei, wie schnell Demokratie kippen kann. Auch in Ländern, in denen wir sie für selbstverständlich gehalten haben. Und auch in Deutschland regnet es rein in das Dach der Demokratie. Mich hat eine Aussage des Club of Rome in seinem jüngsten Report sehr nachdenklich gemacht, wo es heißt: Die größte Gefahr für die Menschheit ist nicht der Klimawandel, ist nicht die Pandemie – es ist die wachsende Unfähigkeit der Menschen, zwischen Wirklichkeit und Fälschung zu unterscheiden. Das ist der Sprengsatz an allen sozialen Beziehungen, dass Vertrauen zerstört wird.

Welche Funktion kann jetzt die ARD in dieser Situation übernehmen? Meines Erachtens braucht eine Gesellschaft im Umbruch in den Medien einen Partner, der Halt und Orientierung gibt. Ein täglicher Begleiter im Radio, im Fernsehen, im Netz und auf sozialen Plattformen. Ein Begleiter, der es versteht, zwischen Meinungen und Berichten zu unterscheiden – und der verschiedene Ansichten zu Wort kommen lässt.

Und warum kann das die ARD sein? Ich denke, kein oder kaum ein anderes Medienhaus bringt bessere Voraussetzungen dafür mit als die ARD. Denn was wir brauchen, ist ein Medienverbund, der der Vielfalt der Regionen in Deutschland Gesicht und Stimme gibt. Von der Lausitz bis zur Eifel, von der Ostsee bis ins Allgäu. Wir brauchen einen Anbieter, der regional verankert ist, der Studios in allen Regionen dieses Landes hat und gleichzeitig über ein nationales Schaufenster verfügt. Wir brauchen einen Medienverbund, der jeden Tag 50 bis 60 Millionen Menschen versorgt. Wir brauchen einen Medienverbund, der das Vertrauen genießt, weil er seit 1950 Wegbegleiter der Menschen in Deutschland ist. Wir brauchen einen Medienverbund, der Qualität abliefert, auf die man sich verlassen kann, wie bei einem guten Handwerksbetrieb. Wir brauchen ein Medienangebot, das Kontakt hat zu allen Bevölkerungsgruppen. Zu den Jungen, zum Beispiel über junge Radioprogramme, zu den Älteren, insbesondere über das Fernsehen und zur Breite der Gesellschaft über die digitalen Angebote, zum Beispiel in der ARD Mediathek oder in der ARD Audiothek. Und wir brauchen jetzt ein Medienhaus, das auch – Klammer auf, noch, Klammer zu – über die finanziellen Möglichkeiten verfügt, große Investitionen in Technologie zu tätigen.

Und schon jetzt höre ich die hämischen Kommentare: Ausgerechnet die ARD, dieser Selbstbedienungsladen, als den wir ihn entlarvt haben. Der das Geld der Beitragszahlenden unkontrolliert für das eigene Wohlergehen ausgibt und verprasst. Und diese ARD soll uns jetzt Orientierung geben?

Mit Orientierung meine ich nicht, Sie sollen dieses oder jenes tun oder denken, sondern Orientierung heißt: Wenn wir gemeinsam durch den dunklen Wald gehen und an eine Wegkreuzung kommen, dann kann ein gutes Medium Ihnen sagen: Der Weg führt nach Norden, der nach Süden, der nach Westen, der nach Osten. Aber welchen Weg Sie einschlagen, das sagt Ihnen ein Medienbegleiter nicht, sondern das entscheiden Sie selbst. Das ist meine Auflassung von Orientierung geben.

Ja, wir haben Fehlentwicklungen zugelassen, wir waren nicht transparent genug und Aufsicht wurde an manchen Stellen sehr lax gehandhabt. Und wenn ich in den letzten Monaten etwas mitbekommen habe, dann ist es nicht der Ruf nach Abschaffung der ARD, sondern es ist der Wunsch der Menschen nach einer neuen ARD. Nach einer ARD, die alte Zöpfe abschneidet und korrektes Verhalten sicherstellt. Das haben wir getan, der vierte Medienänderungsstaatsvertrag, auf den sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten verständigt haben, vollzieht das nach, was die ARD in den letzten sechs Monaten getan hat. Nur als Stichworte: Compliance-Regeln vereinheitlicht, Compliance gestärkt, Transparenz geschaffen, Aufsicht gestärkt.

Korrektes Verhalten ist selbstverständlich, das reicht aber noch nicht aus. Es ist gut und richtig, dass wir das gemacht haben, aber wir brauchen mehr. Wir müssen den Journalismus der Zukunft entwickeln, denn um verlässlicher Begleiter der Menschen zu sein, müssen wir Journalismus neu aufladen. In meiner Version wird die ARD ein Medienverbund, der journalistische Qualitätsinhalte mit erstklassischer Technologie verbindet. Überhaupt braucht die ARD mehr Technikfröhlichkeit. Damit meine ich, dass wir zuerst mal nach den Chancen schauen, die uns Technik bietet, und dann selbstverständlich auch die Risiken bewerten.

Konkret gibt es drei Punkte, die ich mit dem neuen Journalismus, mit dem Journalismus der Zukunft verbinde. Erstens: es geht um die Verbindung von journalistischer Kompetenz mit technischem Knowhow. Wir brauchen technisches Knowhow und den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Kampf gegen Deep Fakes, gegen Desinformation. Wir müssen den Fälschern immer einen Schritt voraus sein. Wir müssen mit digitalen Wasserzeichen arbeiten, damit unsere Inhalte sicher sind. Damit die Menschen wissen: Was ist tatsächlich von der ARD und was haben andere Menschen – in welcher Absicht auch immer – daraus gemacht? Wir brauchen Lösungen, um die Herkunft von Material sicherzustellen, den sogenannten Proof of Provenance. Dafür brauche ich möglicherweise Blockchain-Lösungen. Damit es irgendwo eine Stelle gibt, wo ich immer nachprüfen kann: Ist dies das Originalbild? Das Originalvideo? Das Originalaudio?

Wir brauchen künstliche Intelligenz auch für journalistische Tätigkeiten. Wir brauchen zum Beispiel den Einsatz von Textrobotern, die uns Routineaufgaben abnehmen, damit wir Kapazitäten freibekommen – für Recherchen von Angesicht zu Angesicht, für etwas, das Maschinen nicht können. Wir brauchen den Einsatz von künstlicher Intelligenz auch beim Datenjournalismus, bei der Bewältigung großer Datenmengen. Und wir müssen journalistische Produkte von Anfang an gleichzeitig mit der Distribution zusammen denken. Für welche Ausspielwege plane ich welche journalistischen Produkte? Wir werden auch die Rolle von Qualitätsjournalismus im Metaverse definieren müssen. Wir können versuchen, vor diesen Veränderungen die Augen und Ohren zu schließen und uns einreden und hoffen, dass es alles nicht kommt. Aber die Chancen und Herausforderungen sind längst da und wir müssen sehen, welche Rolle wir dabei spielen können, um den Journalismus voranzubringen.

Der zweite Punkt für den Journalismus der Zukunft: Wir müssen Meinungsvielfalt noch stärker sicherstellen. Wir müssen sicherstellen, dass Lebensentwürfe respektvoll und unvoreingenommen dargestellt werden – traditionelle wie progressive. Wir müssen sicherstellen, dass unterschiedliche soziale und ethische Perspektiven bei der Themenauswahl berücksichtigt werden. Und diese Vielfalt der Lebensentwürfe muss sich auch in unseren Teams abbilden, das hat Giovanni di Lorenzo hier gestern schon eindrucksvoll herausgearbeitet.

Und drittens müssen wir auch unsere Politikberichterstattung noch einmal justieren. Wir müssen es hinbekommen, unsere Politikberichterstattung inhaltlich noch stärker aufzuladen. Das heißt, erst die Fakten aufbereiten, bevor die Debatte abgebildet wird. Ein konkretes Beispiel: die Tagesschau, mit der ich nach wie vor sehr verbunden bin, hat gestern Abend über die Wahlrechtsreform, über die veränderte Zusammensetzung des Bundestages berichtet. Der Bericht hat

begonnen mit einem langen, erklärenden Teil, wie das neue Wahlrecht eigentlich aussehnen soll. Und dann folgte die Debatte darüber. Das ist beispielhaft, wie es gehen könnte. Wir müssen schauen, dass unsere Haltung gegenüber Politik nie besserwisserisch ist. Das wir nie von oben herab berichten. Es darf keine Reflexe geben. Diese Reflexe, die ich oftmals in den Medien wahrnehme, nach dem Motto: Die kriegen ja nichts auf die Reihe, die haben eine Klausur durchgeführt und wieder keine Entscheidungen gefällt, die zaudern, diese Politik ist so unendlich langsam. Und dann gibt es noch so einen Reflex, da heißt es: Die haben Zoff, die haben wieder Streit. Man könnte aber auch sagen: Es ist das Ringen um die beste Lösung. Man könnte sagen: Das ist Demokratie. Wichtig für unsere Politikberichterstattung wird sein, dass wir akzeptieren, dass Demokratie und Rechtsstaat Zeit brauchen. Dass es anstrengend ist – und nicht immer nur um Zaudern, Streit und Zoff geht.

Schon in wenigen Jahren werden Menschen mehr nichtlineare Inhalte nutzen als lineare. Das heißt, mehr Menschen werden Medieninhalte in Mediatheken oder über soziale Medien konsumieren, als dass sie klassische lineare Programme im Radio oder im Fernsehen verfolgen. Das wird so sein, das wissen wir heute schon und darauf müssen wir uns einstellen. Und der Kampf um die Aufmerksamkeit der Menschen wird wachsen, denn jeder Mensch hat nur 24 Stunden am Tag und einen Teil davon gibt er für Medienkonsum aus. Um auch dann unseren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen und die ganze Gesellschaft mit unseren Angeboten zu erreichen, müssen wir im Digitalen mit dabei sein. Dafür braucht es erstklassischen Content. Und es braucht auch hervorragende Technologie, wenn wir den großen Plattformbetreibern Paroli bieten wollen. Und es braucht Ehrgeiz und eine gehörige Portion Selbstbewusstsein.

In meiner Vision wird die gemeinsame Streaming-Plattform von ARD und ZDF zum relevantesten Streaming-Anbieter in Deutschland – noch in diesem Jahrzehnt. Vor Netflix, vor Amazon, vor Spotify, vor Disney und Co. Und das nicht, weil ich machtgierig wäre, erfolgsbesessen, sondern: weil wir nur so unserem Auftrag gerecht werden. Denn dieser Auftrag heißt: Der gesamten Gesellschaft Medienangebote zu machen. Unabhängig davon, wie viel die Menschen verdienen, unabhängig davon, wo sie leben und wie alt sie sind. Ich brauche nur die Generation meiner Kinder anzusehen, um zu verstehen, was da passiert. Sie konsumieren Medieninhalte, sind sehr gut informiert und an vielem interessiert. Aber sie haben keinen Fernseher und sie vermissen ihn auch nicht.

Wenn wir die Generation der Menschen, die in den nächsten 30 Jahren für unser Land Verantwortung übernehmen wird, nicht einfach den Tech-Konzernen aus Übersee überlassen wollen, müssen wir etwas tun. Die ARD will in den kommenden Jahren mehrere hundert Millionen Euro in die Entwicklung von Technologie investieren. Da geht es auch um den Ausbau des gemeinsamen Streaming-Netzwerkes mit dem ZDF. Wir wollen gemeinsame technische Standards. Wir wollen ein gemeinsames Login. Wir wollen einen exzellenten Player. Wir wollen eine nutzungsfreundliche Empfehlungslogik und eine leicht bedienbare Suchfunktion. Die publizistische Eigenständigkeit und die damit verbundene Vielfalt der Angebote von ARD und ZDF bleiben dabei erhalten, denn wir bleiben als selbständige Absender immer klar zu erkennen. Das gemeinsame Ziel ist: zusammen zum relevantesten Streaming-Anbieter in Deutschland zu werden. Das ist leichter gesagt als getan.

Und jetzt sagen Sie vielleicht: Naja, für so ein Traditionsunternehmen wie die ARD klingt das geradezu tollkühn. Finde ich gar nicht. Denn wenn wir das Streaming-Netzwerk mit dem ZDF jetzt ernst nehmen und beherzt ausbauen, dann können wir den ausländischen Anbietern auf dem deutschen Medienmarkt mal zeigen, wozu wir in der Lage sind. Ich halte das für möglich. Lasst uns die Kräfte zusammenbinden: deutscher Erfindergeist, deutsche Ingenieurskunst. Mit dem gewaltigen Potenzial unserer Kreativwirtschaft, egal ob in Bayern oder in Norddeutschland, muss doch etwas zu machen sein. In Mainz wurde vor wenigen Jahren einer der rettenden Impfstoffe gegen Corona erfunden – warum soll in Mainz nicht Europas relevantester Streamer beheimatet sein, schon in wenigen Jahren?

Das gemeinsame Streaming-Netzwerk von ARD und ZDF könnte der Nukleus sein für etwas noch viel Größeres – deshalb soll es für zukünftige Partner anschlussfähig bleiben. Erste Gespräche mit anderen deutschsprachigen Medienhäusern wie ORF, SRF, ARTE laufen schon. Denn das Netz belohnt Größe: je größer das Netzwerk, desto relevanter. Wir arbeiten an der Chance, die Herrschaft der wenigen bestimmenden Konzerne

aufzubrechen und sie durch ein Ökosystem aus deutschen Qualitätsmedienhäusern zu ersetzen. Diese Qualitätslandschaft soll nach gemeinsamen Regeln funktionieren – der Transparenz, der geneseitigen Fairness und des Respektes gegenüber den Nutzenden. Dafür brauchen wir gemeinsame technische Standards. Wenn wir die haben, dann findet der Wettbewerb ausschließlich über die Inhalte statt. Und diesen Wettbewerb will ich nicht nur nicht einschränken, nein, ich will ihn befeuern.

Wir brauchen publizistische Vielfalt. Deshalb müssen wir ein Medien-Ökosystem schaffen, in dem alle, auch privatwirtschaftlich geführten Medienhäuser, eine Chance haben, ihre Erlöse zu behalten. Und sich nicht von großen Konzernen mal eben schnell 30 Prozent der Erlöse wegnehmen zu lassen.

Das alles wird viel Geld kosten, viel Personal, Kraft und Kreativität erfordern. Diese notwendigen Ressourcen werden wir nicht einfach obendrauf kriegen, da bin ich nicht weltfremd. Ich weiß, was im Moment diskutiert wird. Also müssen wir unsere Kräfte bündeln, denn das ist die Erkenntnis von tausenden Jahren Menschheitsgeschichte: Arbeitsteilung ist ein Erfolgskonzept. Und deshalb sollte und wird die ARD auf stärkere Arbeitsteilung setzen. Es muss nicht jeder alles machen.

Was machen wir konkret? Wir schaffen journalistische Kompetenzcenter, um Kräfte zu bündeln, um Exzellenz zu schaffen und gleichzeitig auch Effizienz hinzubekommen. Wir arbeiten an Poollösungen für Hörfunkwellen, die wir noch enger miteinander verzahnen. Wir arbeiten an gemeinsamen Konzepten für die dritten Fernsehprogramme. Wir werden die Zahl unserer Social-Media-Accounts durchforsten und erheblich reduzieren. Wir werden einen linearen Spartenkanal noch in diesem Jahr in die Flexibilisierung geben oder gar ganz einstellen. Wir legen noch mehr Verwaltungsabläufe zusammen, etwa Gehaltsabrechnungen, Reisekosten und so weiter. Und wir werden unsere Produktionsstandards verändern. Ich will nicht sagen, dass wir sie senken, aber wir werden sie verändern im Sinne der Effizienz. Dabei werden wir intensive Diskussionen in den Häusern, in den Teams, auch in unseren Redaktionen bekommen. Und wir werden auch unseren Aufsichtsgremien einiges abverlangen. Denn ohne die Aufsichtsgremien wird der Weg nicht gehen, der Weg des Zusammenlegens, des Weglassens, des Umschichtens. Wir werden damit zwangsläufig Lobbygruppen auf den Plan rufen. Deshalb braucht es da auch einen kritischen Blick unserer Kontrolleurinnen und Kontrolleure. Und am Ende brauchen wir auch deren Rückhalt. Deshalb mein Wunsch: dass alle Beteiligten das Tempo der ARD mitgehen. Also keine Scheu vor Debatten und hitzigen Diskussionen. Die ARD ist auf dem Weg. Ich wünsche mir wirklich, dass alle Institutionen, die diesen Prozess begleiten, unser Tempo mitgehen. Es ist Zeit für Veränderungen, das Publikum hat einen Anspruch darauf. D

Wie sich die evangelische Kirche medienpolitisch positioniert

Dr. Dr. h. c. Volker Jung, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), im Gespräch mit Dr. h.c. mult. Roger de Weck

Roger de Weck: Eine der besten Informationsquellen, die es in diesem Lande gibt, epd, untersteht Ihnen als Medienbischof.

Volker Jung: Der epd, die älteste Nachrichtenagentur in Deutschland, 1910 gegründet, gehört zum Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP). Das GEP ist das bundesweite Medienunternehmen der Evangelischen Kirche in Deutschland, ihrer Gliedkirchen, Werke und Einrichtungen sowie für die evangelischen Freikirchen. Unter seinem Dach finden Sie nicht nur epd, sondern u.a. auch chrismon, ein sehr erfolgreiches Beilagenmagazin. Weiter werden dort die Verkündigungssendungen in ARD und ZDF begleitet: ZDF-Gottesdienste, »Das Wort zum Sonntag«, eine der ältesten Sendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, und natürlich auch Radioarbeit im Deutschlandfunk etwa.

Roger de Weck: Die Kirche verliert Mitglieder, ihre Einnahmen gehen zurück, von Einsparungen ist die Rede. Wird davon auch die Medienarbeit betroffen sein?

Volker Jung: Dass sich die evangelische Kirche publizistisch engagiert, halte ich für außerordentlich wichtig. Und wir versuchen, das aufrecht zu erhalten, solange wir das können. In der Debatte um notwendige Kürzungen wird das publizistische Engagement nicht von allen priorisiert. Ich vertrete nicht die Linie, dass sich die Kirche auf die Gemeindearbeit beschränkt. Es geht darum, eine gute Mischung zu finden zwischen einer stabilen Präsenz vor Ort und zugleich einem wirkungsvollen Engagement in der Gesellschaft, zu dem ich auch eine qualitätvolle Publizistik zähle. Wir sind nicht für uns selber da, sondern wir haben vom Auftrag des Evangeliums her eine Mitgestaltungsverantwortung in dieser Welt und für die Gesellschaft. Da spielen die Medien eine erhebliche Rolle.

Roger de Weck: Ein Blick in die Geschichte: Woher kommt es, dass die Kirchen so stark engagiert sind bei den Öffentlich-Rechtlichen? In anderen Ländern ist das überhaupt nicht der Fall. Wie fing das alles an?

Volker Jung: Mit der Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg und mit der Etablierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stand auch die Frage der Kooperation im Raum. Beiden Kirchen, der katholischen wie der evangelischen, wurden Sendeplätze im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingeräumt. Darüber hinaus gibt es eine Mitwirkung in den Rundfunk- und Fernsehräten. Das heißt, die Kirchen sind in den Gremien vertreten und begleiten die Arbeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern.

Roger de Weck: Sind diese Kirchenvertreter aktiv genug?

Volker Jung: Ich glaube schon, wenn ich etwa an Marlehn Thieme denke, die Vorsitzende des ZDF-Fernsehrats. Aber auch in anderen Sendern nehmen Vertreterinnen und Vertreter der evangelischen Kirche ihre Aufgabe kompetent wahr.

Roger de Weck: Man hat in der Umbruchphase, in der sich die öffentlichen Medienhäuser befinden, von der Kirche schon da und dort etwas gehört, aber es gibt jetzt nicht einen der Akteure, der sagt, in diese oder jene Richtung soll es gehen…

Volker Jung: Doch, das sagen wir schon. Wir begleiten die öffentliche Debatte, etwa die Änderung des Medienstaatsvertrags, mit Stellungnahmen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinem Programmauftrag für alle ist etwas, das wir in jeder Hinsicht unterstützen. Er bietet eine Teilhabemöglichkeit und dient dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ob er wirklich Partizipation für alle ermöglicht, übrigens auch im technischen Sinn, dies Frage scheint mir manchmal aus dem Blick zu geraten. Wir setzen voraus, dass alle Zugang zu allen technischen Möglichkeiten haben, was, glaube ich, nicht immer der Fall ist. Es gibt ältere Menschen, die die Mediathek nicht nutzen, die nach wie vor auf das lineare Angebot angewiesen sind. Und dann spielt es auch eine Rolle, zu welcher Zeit wird was gesendet.

Es gibt Bevölkerungsgruppen, die darauf angewiesen sind, dass Medienangebote gerade über die Öffentlich-Rechtlichen transportiert werden. Für Kinder aus armen Familien ist ein Handy mit großem Datenvolumen oder ein Laptop nicht selbstverständlich. Da bekommt der Fernseher einen besonderen Stellenwert. Und insbesondere da spielen die Kinderprogramme, die in den öffentlich-rechtlichen Sendern gezeigt werden, eine große Rolle.

Also Partizipation und Teilhabe in diesem sehr umfassenden Sinn auch mit den ökonomischen und technischen Bedingungen zu verknüpfen, halte ich für eine außerordentlich wichtige Perspektive. Und die machen wir im Blick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stark, indem wir immer wieder fragen, wie dieser Programmauftrag insgesamt wahrgenommen wird.

Ich halte es für wichtig, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein sehr umfassendes Angebot macht und sich nicht nur auf Bildung und Information konzentriert. Es braucht ein breites Spektrum – dazu gehört auch die Unterhaltung –, um von Menschen wahrgenommen zu werden. Ansonsten würde der öffentlich-rechtliche Rundfunk sehr schnell in die Gefahr geraten, dass es nur ein Fernsehen oder ein Rundfunk für Intellektuelle ist. Das darf nicht passieren. Deswegen Roland Kaiser, um ein Stichwort aus dem Gespräch mit Christine Strobl aufzugreifen.

Roger de Weck: Das ist ein bemerkenswertes Plädoyer, dass Roland Kaiser hier auch kirchliche Unterstützung hat.

Volker Jung: Durchaus. Christine Strobl hat das ja treffend beschrieben. Das hat was mit Emotionen zu tun und man muss nicht alles auch selber mögen. Das Thema betrifft übrigens auch die Kirchen. Wir müssen uns ja auch manchmal fragen, ob wir die Menschen in der Tiefe ihrer Emotionen wirklich mit unseren Angeboten erreichen. Wir haben auch als Kirchen eher einen Hang zur Intellektualisierung. Ich will das nicht kleinreden. Das ist außerordentlich wichtig. Aber trotzdem stellt sich die Frage, wie erreichen wir Menschen mit ganz anderen Zugängen. Auch die Kirchen haben einen Programmauftrag für alle. Ihre Botschaft ist an alles Volk gerichtet.

Roger de Weck: Auch die Kirchen haben ihre Online-Aktivitäten ausgebaut. Leidet mit der Verlagerung ins Digitale der Gemeinschaftsgedanke, alle zu erreichen?

Volker Jung: Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Pandemie ein Treiber dieser Entwicklung war. Da konnten wir sehen, wie wichtig die digitale Präsenz der Kirche ist. Viele Gemeinden haben, als die Gottesdienste in den Kirchen nicht mehr möglich waren, nach neuen Wegen gesucht und Onlineangebote entwickelt. Anfangs wurde irgendwie die Andacht abgefilmt und dann ins Netz gestellt. Dann ist man auf den Livestream gegangen. Oder, das war für mich eine der berührendsten Erfahrungen während der Pandemiezeit, dass eine Gemeinde Gottesdienste im Videokonferenzformat angeboten hat. Da gab es total berührende Momente, wenn sich plötzlich eine Familie zugeschaltet hat, wo man generationenverbindend auf dem Sofa saß und dann diesen Gottesdienst via Zoom mitgefeiert hat. Das ist ein sehr vielschichtiges Phänomen. Aber solche Formate werden bleiben.

Und wir müssen sehen, wie wir das Zusammenspiel von analogen und digitalen Begegnungen so entwickeln können, dass es einen größtmöglichen Nutzen gibt. Es entsteht ein neuer Medienraum, den wir gestalten müssen.

Roger de Weck: Wir haben zuvor gehört, dass die CDU eine Medienkommission bildet unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Haseloff. Die SPD hat schon lange eine. Es gibt eine Enquetekommission in Sachsen-Anhalt. Wie ist die Meinungsbildung zur Medienpolitik innerhalb Ihrer Kirche? Werden Sie auch eine Medienkommission damit betrauen, die Position der Kirche gegenüber der künftigen Gestaltung des öffentlich-rechtlichen Bereichs zu skizzieren?

Volker Jung: Eine Medienkommission haben wir nicht, aber Fachleute, die in den Gremien aktiv sind. Wir haben unseren Aufsichtsrat im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, der auch gut aufgestellt ist. Und dort geschieht Meinungsbildung, aber nicht in dem Sinn einer Kommission.

Roger de Weck: Vielleicht entsteht früher oder später eine solche Kommission. Was wären die drei, vier Hauptpunkte, wenn Sie ein medienpolitisches Strategiepapier jetzt entwerfen müssten? Was möchten Sie, dass die Öffentlich-Rechtlichen tun oder lassen? Wie sollten sie sich weiterentwickeln?

Volker Jung: Zunächst einmal möchte ich die Bedeutung des dualen Rundfunksystems unterstreichen, die gleichzeitige Existenz von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk. Wir können, glaube ich, sehr froh sein, dass wir eine solche Medienlandschaft in Deutschland haben. Eine medienpolitische Strategie würde zunächst mal dieses System insgesamt, dieses Zusammenspiel bejahen. Dann müssten Fragen wie diese bearbeitet werden: Was heißt Programmauftrag für alle? Wie ist das Zusammenspiel von öffentlich-rechtlichem und privaten Rundfunk zu sehen? Wie kann Qualitätsjournalismus gesichert werden? Und wie die wirtschaftliche Stabilität öffentlich-rechtlicher wie privater Angebote? Wie verändert die Digitalisierung das Medienangebot? Die Liste der Fragen ließe sich mühelos erweitern.

Roger de Weck: Es gab eine Krise beim RBB. Sie wirkt nach. Unsere Tagung heißt Öffentlich-Rechtliche im Brennpunkt. Ist der öffentlich-rechtliche Bereich insgesamt in der Krise?

Volker Jung: Er ist in einer Vertrauenskrise. Das gilt übrigens auch für die Kirchen. Diese Krise sollte im Blick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunkt aber nicht dazu führen, diesen grundsätzlich in Frage zu stellen.

Roger de Weck: Wie soll die Kirche diese Krise begleiten? Wie blicken Sie auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Volker Jung: Sie merken es ja, ich blicke mit sehr viel Wohlwollen und mit einer starken inneren Verbindung auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, weil es Schnittmengen im Grundverständnis von Gesellschaft und gesellschaftlichem Auftrag gibt. Und es ist die große Herausforderung für alle Institutionen, die öffentlich agieren, den eigenen Anspruch glaubwürdig zu erfüllen. Und da spielen Compliancefragen eine große Rolle. Das gilt für alle Institutionen. Die fundamentale Erschütterung der Glaubwürdigkeit ist ein Riesenproblem. Soziologen sprechen von Deinstitutionalisierung, die im Zuge gesellschaftlicher Entwicklungen eine große Rolle spielt. Die wird natürlich befördert, wenn Institutionen nach innen wie nach außen ihren Auftrag nicht glaubwürdig erfüllen.

Roger de Weck: Diese Deinstitutionalisierung, die man seit zwei, drei Jahrzehnten beobachten kann, die Institution tritt in den Hintergrund, die Person tritt in den Vordergrund, die Medien neigen zu einer übertriebenen Personalisierung. Ist das etwas, was Sie am Angebot der Öffentlich-Rechtlichen kritisieren? Zu viel Personen, zu wenig Institution?

Volker Jung: Das ist ein wunder Punkt. Ich habe Verständnis, dass man personalisiert. Namen sind Nachrichten. Wir nehmen Entwicklungen, Vorgänge auch über die Akteure wahr. Zugleich sehe ich die negativen Folgen. Was die evangelische Kirche betrifft, versucht man immer wieder den Blick auf den Ratsvorsitzenden bzw. jetzt die Ratsvorsitzende zu richten. Diese Person wird dann von außen mit Erwartungen aufgeladen, die sie gar nicht erfüllen kann und die auch in der Struktur und Realität kirchlicher Entscheidungsfindung so nicht möglich ist. Ein ähnliches Phänomen haben wir übrigens auch oft in Kommunen, wenn man auf Bürgermeister, Bürgermeisterinnen schaut und das dann personalisiert und mit der Entwicklung einer Stadt verbindet und merkt, dass allerdings auch nicht alles allein an der Person und deren Positionierung hängt. D

Herausforderungen für die Öffentlich-Rechtlichen morgen und übermorgen

Dr. Peter Frey, Journalist, ehem. Chefredakteur des ZDF, Berlin

Gibt es zu wenig Meinungsfreiheit, zu wenig Meinungsvielfalt im öffentlich-rechtlichen System? Ich schließe mich nicht ohne weiteres diesen Thesen an. Ich glaube, dass wir ein ziemlich ausgewogenes, vielfältiges und breites Programm liefern. Wenn ich Schwächen sehen würde, dann auf Feldern, die Sie vielleicht überraschen werden. Ich glaube nicht, dass wir in dem alten Denken zwischen linken und rechten Positionen, zwischen konservativen und progressiven Positionen das Problem haben. Ich glaube aber, dass die Medien in Deutschland insgesamt, und davon ist auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk betroffen, eine Sehschwäche in bestimmte Milieus unserer Gesellschaft hinein haben. Und das sind längst keine marginalisierten Milieus mehr.

Ich glaube schon, dass die letzten 30 Jahre seit der deutschen Wiedervereinigung vor allem in Ostdeutschland eine bestimmte Schicht produziert haben, wenn ich das einmal so kalt sagen darf, von Menschen, die nicht richtig in dieses System hineingewachsen sind, die sich nicht vertreten fühlen. Das sind deshalb noch keine Extremisten. Aber wenn ihre Stimme und vielleicht auch dieses ländlich-provinzielle Lebensgefühl – ich will das nicht abwertend verstanden wissen – zu wenig repräsentiert wird, dann hat das Folgen.

Ich war schon sehr überrascht über die Wahlergebnisse in Berlin. Der grüne innerstädtische Zirkel innerhalb des S-Bahn-Bogens und draußen herum war alles schwarz. Ich glaube, das muss einem schon zu denken geben. Und es ist vielleicht auch ein Bild dafür, wie diese Republik insgesamt funktioniert, dass die Zentren eben anders denken als die Peripherie.

Aber Deutschland ist ein Land mit einer großen Peripherie, mit einer Vielzahl von Menschen, die eben nicht in den Metropolen leben, sondern in den mittleren Städten, den kleineren Städten oder auf dem Land. Ob wir dieses Lebensgefühl angemessen wiedergeben bei Medien, die per se eher städtisch und urban geprägt sind, da würde ich ein Fragezeichen machen. Und insofern würde ich den Kollegen beipflichten, dass es ein Defizit in der Wahrnehmung gibt.

Es gibt aber eine weitere Gruppe, um die wir uns kümmern müssen. Und das ist beileibe keine Randgruppe, das sind nämlich die migrantisch geprägten Bevölkerungsteile, die mittlerweile ungefähr auch ein Viertel unserer Gesellschaft ausmachen. Wenn Sie heute einmal in Schulklassen gehen, vor allem in die unteren Jahrgänge, da sieht man, wie bunt Deutschland mittlerweile geworden ist. Und die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, bieten wir eigentlich diesem bunt gewordenen Deutschland in unseren Programmen das, was diese Menschen brauchen, um sich an unserer Gesellschaft zu beteiligen? Und mit beteiligen meine ich auch, dass ich glaube – und das wäre eine Kritik, die ich auch an uns richten würde –, dass wir oft mit zu vielen Voraussetzungen berichten. Auch die Politikberichterstattung ist manchmal einfach zu kompliziert. Wir setzen bestimmte Dinge voraus, die man nicht einfach voraussetzen kann.

Vorbildlich finde ich, was der Deutschlandfunk macht mit seinen Nachrichten in einfacher Sprache. Leider nicht stündlich oder jeden Tag, sondern einmal die Woche werden die wichtigsten Nachrichten in einfacher Sprache angeboten. Das ZDF macht etwas Ähnliches mit seinen Kindernachrichten logo!, die übrigens vor allem von Erwachsenen genutzt werden. Ich glaube, dass es heute eine Menge Erklärbedarf gibt und dass wir in diesem Sinn an manchen Bevölkerungsschichten vorbei senden. Aber dass konservative Positionen im Öffentlich-Rechtlichen keinen Platz haben, wie dies in einer früheren Runde angeklungen ist, das ist mir zu einfach.

Mein Eindruck ist, dass man auch und gerade in den Hauptnachrichtensendungen bestimmte Schlüsselbegriffe des tagespolitischen Geschehens immer wieder neu erklären muss. Nachrichtengebung bedeutet für mich heute eben nicht nur, nach den üblichen Kriterien, was ist neu, wo ist der Konflikt, zu entscheiden, sondern eben auch den Hintergrund dazu zu liefern. Hier sind die sozialen Medien ein sehr wirksames Instrument geworden, diese Inhalte dann zu präsentieren und in einer Art von Bibliothek – nach Stichworten sortiert – vorzuhalten.

In der Berichterstattung in den Nachrichten geht es gerade beim Fernsehen darum, bestimmte Auswirkungen von Gesetzesvorhaben an Beispielen klarzumachen. Da ist die Redaktion frei, ob man das an den längst bekannten Metropolen, in München oder in Hamburg oder in Berlin, erklärt. Oder ob man dann einen Reporter nach Regensburg oder in den Bayrischen Wald oder in eine Hunsrück-Gemeinde schickt, um zu erklären, wie sich Veränderungen beim Wohngeld oder bei bestimmten Hilfestellungen, was die Energie angeht, dann auf die Menschen auswirken werden.

Migrantisch geprägte Milieus zu erreichen, ist nicht einfach. Viele sind den Medien aus ihren Heimatländern noch verbunden. Das betrifft bei weitem nicht nur Türken, das betrifft auch sehr viele Deutsche, die in den 90er Jahren aus Russland gekommen sind. Diese sind immer noch bei Russia Today statt beim ZDF, bei ARD oder auch RTL. Und für die muss man auch ein Angebot machen. Wir haben uns im ZDF Mühe gegeben, indem bekannte Gesichter wichtige Nachrichtensendungen moderieren. Das heute journal mit Dunja Hayali zum Beispiel, Mitri Sirin oder Jana Pareigis unsere Hauptnachrichten. Das ist auch eine Botschaft in diese migrantischen Communities hinein, ihr seid bei uns repräsentiert, wir richten uns an euch. Zugleich ist es und bleibt im Moment einfach schwierig, Menschen zu finden, die in unseren Redaktionen arbeiten und ihren kulturellen Hintergrund, ihren Migrationshintergrund in die täglichen Redaktionsentscheidungen mit einbringen. Wir haben uns alle Mühe gegeben, zum Beispiel bei der Ausschreibung der Volontariate hier Abhilfe zu schaffen. Da müssen wir noch besser werden.

Die vierte Gewalt – Eine Debatte

Prof. Dr. Richard David Precht, Philosoph, Publizist und Autor, im Gespräch mit Dr. h.c. mult. Roger de Weck

Roger de Weck: Herzlich Willkommen, Richard David Precht. Schön, dass Du da bist. Ich freue mich sehr auf den Austausch mit dir. Auch über das Buch, das Du mit Harald Welzer geschrieben hast: Die vierte Gewalt. Dein Bestseller. 200.000 Exemplare sind bis jetzt verkauft worden. Und das Buch nennt sich: Die vierte Gewalt. Sind die Medien die vierte Gewalt?

Richard David Precht: Ja! Zuerst aber freue ich mich, diese Frage mit dir erörtern zu können. Ich freue mich sehr darüber, das mit Ihnen, liebe Teilnahmerinnen und Teilnehmer, auf der Tagung erörtern zu können. Ich bin auch schon gespannt auf Ihre Fragen. Was den Begriff der vierten Gewalt angeht, gibt es zwei alternative Bedeutungsmuster. Das eine Deutungsmuster ist: Die vierte Gewalt, das sind Legislative, Exekutive und Judikative. Die andere ist, zu gucken: Wo kommt der Begriff eigentlich ursprünglich her. Und im englischen Sprachgebrauch war »the fourth estate« der vierte Stand. Die Aufgabe der Medien besteht also klassischerweise darin, diejenigen, die im englischen Parlament nicht adäquat repräsentiert werden, zu repräsentieren. Das heißt, den Stimmlosen eine Stimme zu geben. Das ist die eigentliche Wortbedeutung. Und als man das im Deutschen mit »vierter Gewalt« übertragen hat, hat man irgendwann vergessen, dass der Begriff eigentlich da herkommt. Das heißt, man kann also sagen, vierte Gewalt könnte man einmal unter der Sache diskutieren: Haben die Medien sozusagen zu viel exekutive Gewalt in ihrer Hand? Sind sie zu mächtig in der Gesellschaft? Und einmal unter der Frage: Sind sie deliberativ genug, dass sie diese Rolle, den vierten Stand zu repräsentieren, also die, die im Parlament zum Beispiel am wenigsten repräsentiert sind, zu repräsentieren, ob sie dieser Aufgabe nahekommen. Deswegen macht es die Frage kompliziert. Das sind zwei verschiedene Themen, die in einem einzigen Begriff drinstecken.

Roger de Weck: Könnte es sein, dass die Wirtschaft, die eigentliche vierte Gewalt ist und die Medien erst die fünfte oder sechste?

Richard David Precht: Ja, auch das ist eine Möglichkeit. Niklas Luhmann beschreibt ja die Gesellschaft als ein Ausdifferenzierungsprozess in immer mehr einzelne Teilsysteme. Also Wirtschaft, Politik, Kunst, Recht, und so weiter. Und mein Verdacht ist immer, dass diese ganzen Teilsysteme mittlerweile Teilsysteme eines einzigen großen Systems sind. Und dieses System ist die Wirtschaft. Das ist, glaube ich, das Bild, was die Sache viel besser macht. Denn jedes einzelne Teilsystem funktioniert in gewisser Hinsicht unter ökonomischen, auch unter psycho-ökonomischen Gesichtspunkten. Als solcher ist der gesamte Kunstbetrieb doch ein Teilsystem der Wirtschaft geworden. Und nicht mehr etwas wie nach der Vorstellung der Avantgarde, was außerhalb der Gesellschaft steht und der Gesellschaft irgendetwas spiegelt. Deswegen würde ich es eigentlich lieber so fassen. Ich finde die Rolle der Wirtschaft als vierte oder fünfte Gewalt viel zu klein.

Roger de Weck: Mit anderen Worten: Die vierte Gewalt, die Medien, sind keine Gegenmacht mehr, wenn sie denn Teil des großen, wirtschaftlichen Ganzen sind.

Richard David Precht: Ich finde den Begriff Medien als Gegenmacht nicht gut. Das ist nicht die Aufgabe der Medien – und sie ist es zu keinem Zeitpunkt gewesen, wenn man all die wohlmeinenden Texte liest, die Medienwissenschaftler seit 1945 geschrieben haben.

Roger de Weck: Die kommen morgen Vormittag zu Wort.

Richard David Precht: Dann können die das auch noch alles sehr viel ausführlicher erklären, als ich das jetzt im Schnelldurchgang mache. Ich erzähle das im Buch etwas ausführlicher. Dann ist ja die Rolle, die die Medien haben, inklusiv zu sein, integrativ zu sein, informativ zu sein und deliberativ zu sein. Das Vierte, für diejenigen, die den Begriff Deliberation nicht in ihrem Alltagsvokabular haben: beratschlagend. So würde ich es formulieren. Es heißt, sie sollen also die Themen der Gesellschaft, soweit es geht, abbilden. Sie sollen möglichst viele Interessensgruppen dabei zu Wort kommen lassen. Sie sollen versuchen, so wahrheitsgemäß wie möglich zu informieren. Und sie sollen die Funktion der Beratschlagung in der Gesellschaft erfüllen. Das alles ist mir viel sympathischer als Gegenmacht.

Roger de Weck: Aber Medienmacht hat damals beispielsweise einen US-Präsidenten, Richard Nixon, der um den Einbruch ins Hauptquartier der demokratischen Partei wusste, entmachtet. Medienmacht hat so manche Missstände aufgedeckt. Medienmacht hat die Paradise Papers, und wie sie alle heißen, aufgedeckt.

Richard David Precht: Unbestritten, dass investigativer Journalismus eine kontrollierende Funktion haben kann, gegenüber der Macht und den Mächtigen. Sie hätten ja auch die deutschen Beispiele machen können, von Barschel-Affäre, SPIEGEL-Affäre, als sozusagen absoluter Inbegriff von Gegenmacht in der damaligen Zeit. Aber hinzugehen und zu sagen: Wir haben auf der einen Seite die Regierung und auf der anderen Seite als »Gegenmacht« die Medien, das ist, glaube ich, ein Bild, was die Situation nicht gut genug trifft.

Roger de Weck: Wobei Diktatoren, Autoritäre immer diese Medienmacht oder Gegenmacht einschränken möchten. Die möchten ja das Parlament, die Justiz kontrollieren. Beispielsweise Donald Trump, der Abgeordnete der eigenen Parteien missachtete, sobald sie eine eigene Meinung hatten. Der die Justiz zu eigenen Zwecken instrumentalisieren konnte. Und der Gegenmacht, die von einer New York Times, einer Washington Post und anderen Medien ausging, als Fake News diffamierte. Also, die Politik, wenn sie autoritär ist, sieht schon die Macht der Medien.

Richard David Precht: Das ist auf jeden Fall so. Man kann auch sagen, dass natürlich die Rolle von Medien in Autokratien eine andere ist als in Demokratien. Das heißt, also die Kontrollfunktion der Medien wird natürlich umso wichtiger und umso stärker, umso mehr diese Kontrollfunktion erforderlich ist. Je dramatischer ihr Recht von bestehenden Regierungen missachtet wird, umso wichtiger wird natürlich die Kontrollaufgabe, die den Medien dabei zufällt.

Blicken wir noch einmal auf die Anfänge der Bundesrepublik: Deutschland war nur mit einem Fuß in der Demokratie angekoppelt in ihren 50er, 60er Jahren. Adenauer war nur ein bedingter Demokrat. Wer sich je mit ihm beschäftigt hat, weiß es auch sehr gut. Franz Josef Strauß in der damaligen Zeit auch. Ich benutze extra das Wort »bedingt«, weil es ja in der SPIEGEL-Affäre eine Rolle gespielt hat: Deutschland nur »bedingt abwehrbereit«. Und das wurde aus der Regierung heraus regelrecht als Unverschämtheit empfunden, was die Medien da gemacht haben. Das heißt also, unser wirkliches, demokratisches Medienverständnis, was wir heute haben, gilt auch für die Entwicklung des Presserechts und viele Entwicklungen, die auch von Medienwissenschaftlern vorangebracht wurden, ist ein Kind der 60er Jahre.

Roger de Weck: Gestern Abend, auf diesem Sessel, saß Giovanni Di Lorenzo. Und er bemängelte den Konformismus eines beträchtlichen Teils des Medienbetriebs. Auch Du schreibst in dem Buch, zusammen mit Harald Welzer, von der Konformität des Medienbetriebs. Kannst Du das kurz ausführen?

Richard David Precht: Ich glaube, dass diese Konformität des Medienbetriebes über die 90er und über die Nullerjahre über lange Zeit nie als Problem empfunden worden ist und auch nie signifikant aufgefallen ist. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil sich kleine Debatten, die nicht ans Eingemachte gehen, in den Medien wunderbar hervorragend diskutieren lassen. Und weil dann auch der gesamte Bereich Inklusion, Integration und Deliberation deutlich wurden.

Spannend wird es eigentlich in dem Moment, wo harter, gesellschaftlicher Dissens auftritt. Und man sich die Frage stellt: Wie verhalten sich unsere Leitmedien in Fragen starken, gesellschaftlichen Dissenses? Und hier noch dazu, wir hatten ja nicht nur in der Corona-Frage harten, gesellschaftlichen Dissens gehabt. Wir haben ihn auch in der Frage, was ist die richtige Politik, angesichts des russischen Angriffskrieges, zum Teil harten, gesellschaftlichen Dissens.

Und wir haben noch etwas anders. Wir haben eine Situation des Nichtwissens auf allen Ebenen. Was den Virus betrifft, wir wussten fast nichts, wir wissen bis heute nicht, wo er herkam. Wir konnten die Gefährlichkeit des Virus nie ganz, nie ganz genau einschätzen. Wir konnten die Wirksamkeit der Impfstoffe nicht einschätzen. Wir wussten nicht, ob man ansteckend ist, wenn man geimpft ist, und, und, und. Wir wussten nicht, welche Maßnahmen erfolgreich sein würden, welche nicht erfolgreich sein würden. Man hatte vermeintliche Experten eingeladen. Hochgradig tolle Fachleute, aber nicht für diese Frage. All die Epidemiologen und Virologen, die da waren, waren keine Experten, mit Ausnahme von Christian Drosten im Blick auf das Corona-Virus.

Das heißt, wir haben eigentlich eine Situation, wo sich keiner eine starke Meinung erlauben kann, weil wir das meiste nicht wissen. Und wir erleben

in den Medien in dieser Zeit zwei Dinge. Einerseits eine unglaubliche Liebe zu starken Meinungen. Und zweitens, eben zum gleichen Zeitpunkt immer zur gleichen starken Meinung. Das heißt, die Meinung kann ändern, aber es gibt immer einen Richtungshinweis. Im Buch nenne ich das den Cursor des gefühlten Anstands. Dass man also immer einen Cursor hat, wo man denn gerade zu sein hat in der Debatte. Und damals auffällig, die WELT war immer ein klein bisschen kritischer als die anderen. Ich könnte hier sozusagen Kleinstabweichungen benennen.

Aber insgesamt gab es eigentlich immer eine Tendenz, mehr noch: eine große Einigkeit. Und vor allen Dingen, die gefährlichste Einigkeit bestand zum jeweiligen Zeitpunkt in der radikalen Ablehnung der Andersdenkenden. Ich erinnere mich an Fernsehdebatten, wo es um die Frage ging: Impflicht oder nicht? Ich selber habe ein Buch geschrieben über die Pflicht. Ich habe Morddrohungen gekriegt und zwar einen ganzen Katalog davon, aus der Rechtsradikalen- und Querdenkerszene. Weil ich ein Buch geschrieben habe, das die Corona-Maßnahmen im Allgemeinen für richtig hält, weil der Staat auch eine Schutzpflicht gegenüber seinen Bürgern hat. Ich will das nicht lange ausführen. Ich wurde dann als Obersystemling und so weiter angegriffen.

Dann kam die Debatte um die Impfpflicht. Ich war gegen die Impfpflicht. Es ist ein Unterschied, ob man eine Maske trägt oder ob man eine Impfpflicht macht, mit einem Impfstoff, von dem wir keine langen Erfahrungen haben, wo wir nicht ganz genau wissen, wie der wirkt. Wo niemand eine Langzeitprognose machen kann und so weiter. Und schon gar nicht, dass wir Druck auf Eltern ausüben, ihre Kinder, die die Entscheidung nicht selber treffen können, dass wir sagen: »Du musst aber, du sollst aber, und du fällst aus dem Rahmen, wenn du das nicht machst.«

Was passierte? Ich bin von den Medien in einem unfassbar, mir auch bis dahin nicht vorstellbaren Ausmaß attackiert worden: An meinen Händen würde Blut kleben, Professor »Wirrwahn«, geächtet. Ich wurde ins Querdenkerlager einsortiert. Das heißt, jene Leute, die mir Morddrohungen schickten, sollten meine Gesinnungsgenossen sein. An meiner Person kann man wie im Brennglas quasi sehen, was hier eigentlich passiert ist. Dass man die Lizenz hat, auf jeden draufzuschlagen, der gerade nicht dort ist, wo man just in diesem Moment zu sein hat.

Heute sind die Medien dazu anders. Keiner käme mir auf die Idee, Druck auf Eltern auszuüben, um die Kinder zu impfen. Heute wissen wir, auch die Geimpften sind ansteckend, und so weiter. Heute sehen wir das alles anders. Aber in dieser aufgeheizten Situation waren die Medien sehr, sehr nah beieinander. Sowohl in dem, was sie befürworteten. Und das war fast ausnahmslos der Kurs der Regierung. Wie in dem, was sie ablehnten. Und das könnte noch so differenzierte Kritik sein, wenn sie in dem Moment nicht genau ins Maß passte. Und für mich war dann plötzlich das Entsetzen groß, denn so kenne ich die liberale Demokratie und die Leitlinien, für die ich sicher mehr als hundert Artikel geschrieben habe, nicht. Was passiert hier vor unseren Augen? Was zeigt sich in einer Frage des starken Dissenses? Und in einer Frage größtmöglicher Unsicherheit für ein Verhaltensmuster? Und woher kommt diese Konformität, dass die Medien sich so aufeinander einstimmen, dass es eigentlich immer diesen Cursor des gefühlten Anstandes gibt?

Roger de Weck: Darf ich differenzieren? Die Querdenkerposition war, dass die Pandemie eine Grippe war. Also nichts Außergewöhnliches. Und hier gab es heftige Debatten zwischen denen, die sagten, das ist eine Art Grippe, und denen, die sagten, das ist eine gefährliche Pandemie. Ich glaube, ex post ist es bewiesen, dass es eine gefährliche Pandemie war. Man muss nur mit Long-Covid-Ärzten reden, um zu wissen, was das für Verheerungen gebracht hat. Über die Politik, die sich daraus ableitete, wurde unter denen, die Covid für eine gefährliche Pandemie hielten, schon heftig debattiert. Impfpflicht, da war in keinster Weise ein Konsens in den Medien.

Richard David Precht: Um das ganz präzise zu machen: Auch ich gehöre zu denjenigen, die Corona von Anfang an mit Ausnahme in den ersten drei Tagen, als wir das noch gar nicht einschätzen konnten, bei der ersten Beschäftigung mit der Sache für eine gefährliche Pandemie gehalten haben. Sonst hätte ich das Buch über die Pflicht ja nicht geschrieben. Und habe das darin auch beschrieben, einfach auf Verhältnismäßigkeiten, wie gefährlich sozusagen der Umfang wird, und so weiter.

Aber die spannende Geschichte bei der Impfpflicht ist, das ist der eindrucksvollste Beleg für die These, vom Cursor des gefühlten Anstands. Es gab in Deutschland von Anfang an die politische Position: Wir werden keine Impfpflicht verordnen. Signifikant, ja, auch Olaf Scholz, hat das gesagt: Wir machen keine Impfpflicht. Und als

dann in dieser Zeit die Fallzahlen deutlich anstiegen, wurde ein irrsinniger Druck aus den Massenmedien auf die Politik ausgeübt, eine Impfpflicht zu beschließen. Als Beispiel nenne ich im Buch diese »Hart aber fair«-Sendung zum Thema Impfpflicht. Es gab vier Befürworter und eine Zweiflerin: Svenja Flaßpöhler. Und die ist von vier Leuten attackiert worden und vom Moderator gleich mit. Alle drängten, der ganze Sinn dieser Übung war, auf die Impfpflicht zu drängen. Man merkt das der Sendung an. Sie ist also in die Ecke gestellt worden, als würde sie radikale Thesen vertreten, weil sie gesagt hat, man muss bei Ungeimpften differenzieren. Es gibt unterschiedliche Gründe, warum es Ungeimpfte gibt.

Roger de Weck: Wir werden das nicht dingfest machen können. Schon gar nicht an einer einzelnen Sendung.

Richard David Precht: Aber ich war noch nicht fertig. Ein wichtiger Punkt.

Roger de Weck: Aber meine Erinnerung ist, dass in den Leitmedien, die Gegenstand dieses Buchs sind, heftig debattiert worden ist über die Impfpflicht.

Richard David Precht: Es wurde über die Impfpflicht debattiert, erst mit einem Tenor: Man ist eigentlich mehr oder weniger dagegen. Dann fast mit einem Tenor: Man ist dafür. Man kann das eindrucksvoll untersuchen, wie viele sind in einem bestimmten Zeitpunkt plötzlich dafür, die vorher noch dagegen waren. Und die ein halbes Jahr später wieder dagegen sind. Aber die Politik kann an diesen Medien nicht vorbeischauen. Die Medien wirken wie ein Schallverstärker dieses Cursors, von dem ich gesprochen habe. Und obwohl da viel debattiert, deliberativ beratschlagt worden ist, gab es dennoch zu jedem Zeitpunkt das Ausgrenzen von ganz normalen Stimmen, die just zum falschen Zeitpunkt die je falsche Meinung hatten. Also, als die große Woge für die Impfpflicht war, war es richtig schwierig, in einem öffentlich-rechtlichen Fernsehformat dagegen zu sein.

Roger de Weck: Um es grundsätzlicher zu fassen: Ist das ein neues Phänomen? In der Nachkriegszeit, wer eine Position, sagen wir mal, links von der SPD vertrat, der riskierte sogar, und es war von Willy Brandt verfügt, Berufsverbot. Es war ja immer so, dass es eine Mehrheitsmeinung gibt und eine Minderheitsmeinung. Und oft erweist sich die Mehrheitsmeinung als ziemlich vernünftig. Und manchmal überhaupt nicht. Aber wer die Minderheitsmeinung zur Geltung gebracht hat, der musste immer Prügel einstecken. Und der hat sich früher nicht darüber beklagt.

Richard David Precht: Deine Ausführung hilft mir, einen wichtigen Unterschied zwischen früher und heute zu machen. Früher hat hier die Gesellschaft zwei Lager, links und rechts, gehabt – und der Rest ging genau in der Mitte durch. Es waren beide Lager ungefähr, mehr oder weniger, gleich groß. Helmut Schmidt war der rechteste Linke. Norbert Blüm war der linkste Rechte. Ja, der war etwa nur deswegen rechts, weil er in der CDU war. Und es gab eine Zeit, in der ich sozialisiert bin, in der die CDU stolz darauf war, eine rechte Partei zu sein. Man war nicht eine Partei der Mitte. Man war eine Volkspartei, aber war eben eine konservative, das heißt, irgendwie rechte Partei. Und genauso war die SPD, ihrem Selbstverständnis nach, die Älteren mögen sich erinnern, mal eine linke Partei. Und das ging von Helmut Schmidt bis zu den Jusos, die die DDR eigentlich gar nicht so schlecht fanden. Und das ging in der CDU von Norbert Blüm bis Alfred Dregger, ja, der auch schon mal zu SS-Veteranentreffen ging.

Das alles war noch integrierbar in Volkspartei. Es gab zwar Berufsverbote, 1974 eingeführt, Radikalenerlass. Aber das gegen Leute, die keine Gewähr dafür lieferten, jederzeit einzutreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung. Das heißt also, man wollte niemanden zum Lehrer machen, der die DDR besser fand als die Bundesrepublik. Das war aber jetzt sozusagen klar gemacht mit dem Grundsatz, steht nicht mehr auf dem Boden der Verfassung. Was aber auf dem Boden der Verfassung stand und was letztlich dann eine legitime Ansichtsweise, selbst, wenn man die bekämpfte, das war eine unglaublich weite Range. Das heißt also, ob man sehr links war oder ganz, ganz schwach links, oder sehr rechts oder ganz, ganz schwach rechts, man war noch Teil einer großen Gruppe.

Und jetzt, heute haben wir vier Parteien, die in der Mitte einander auf die Füße treten und sich nur im Wahlkampf unterscheiden. Oder in der Frage des Tempolimits. Aber im Grunde genommen vier Parteien in der Mitte. Mit den Grünen, der FDP, der SPD und der CDU. Die sich, wenn sie tatsächlich Politik machen, in allen wichtigen Fragen so gut wie nicht unterscheiden. Ganz, ganz wenige Nuancen, die man da benennen könnte. Diese Mitte ist auch dasjenige, was widergespiegelt wird in den Leitmedien. Die taz ist nicht mehr links, oder die Frakturkommentare in

der FAZ sind nicht mehr wirklich rechts zu nennen, und so weiter.

Roger de Weck: So rechts war die FAZ nie, aber konservativ.

Richard David Precht: Da können wir jetzt lange darüber reden. Rechts war nicht das Gleiche, was heute rechts ist. Rechts war kein Schimpfwort. Das darf man nicht vergessen. Ich weiß, dass sich Eltern meiner Klassenkameraden, FAZ-Leser und so weiter, als rechts, als das Gute gesehen haben. Heute haben wir die ausgegrenzten fünf Prozent links und die ausgegrenzten zehn Prozent rechts. Und alles, was jetzt von der jeweiligen Meinung, die sich ja häufig ändern kann, von der Mitte abweicht, wird in dieses Lager einsortiert. Oder kriegt den Stempel Querdenker. Das ist übrigens ein schönes Wort, an dem man den Unterschied klarmachen kann. Früher war man, wenn man avancierte Positionen vertrat, die nicht zwingend mehrheitsfähig waren, streitbar oder unbequem. Heute ist man »umstritten«. Das ist ein ganz großer Unterschied. Streitbar ist sozusagen Charaktereigenschaft: Ist eher ein nerviger Typ, der steht für seine Meinungen ein. »Umstritten« ist ein Stempel der Medien, für: »unzuverlässiger Kantonist, hat sie nicht mehr alle. Die meisten sind gegen den.« Also eine Verlagerung zum Urteil über die Person hin. Das ist nicht gut für unsere Demokratie.

Roger de Weck: Ich nehme jetzt zwei, drei andere Beispiele. In meiner Jugend gab es einen großen, konservativen Denker in Frankreich: Raymond Aron, der Gegenspieler von Jean-Paul Sartre, der Urheber des Begriffs vom Spectateur engagé, vom engagierten Beobachter. Und der hatte praktisch keine Chance, weil der Zeitgeist links. Heute ist es so, dass linke Denker eher ihre Schwierigkeiten haben, zur Geltung zu kommen. Und konservative Denker beispielsweise ein Forum bekommen. Also, ist es nicht so, dass die Medien immer dort sind, wo die Musik spielt? Und wenn der Zeitgeist links ist, dann sind die Medien links. Und dann wird der Zeitgeist ökologisch, dann wirken die Medien ökologisch. Und jetzt ist der Zeitgeist kämpferischer und dann werden die Medien kämpferisch bis bellizistisch.

Richard David Precht: Also, die erste Frage wäre die Frage nach der Henne und dem Ei. Laufen die Medien jemandem hinterher oder erzeugen sie diese Stimmung mit? Das würde ich nicht so kausal sagen: »Der Zeitgeist ändert sich und die Medien machen mit.« Sondern die Medien bestimmen diesen Zeitgeist sehr erheblich mit. Mindestens schallverstärkend, aber bis zu einem gewissen Teil auch formend.

Roger de Weck: Schallverstärkend, da bin ich einverstanden. Aber als die wirtschaftsliberale Phase kam, die jetzt hier zu Ende geht, weil überall der Staat gebraucht wird, in der Pandemie, im Krieg, beim ökologischen Umbau. Da war es praktisch: In jedem Wirtschaftsteil war man dann wirtschaftsliberal. Und in Frankreich war der Zeitgeist nicht wirtschaftsliberal, da waren die Wirtschaftsteile nie wirtschaftsliberal. Wir sind immer auch ein Spiegel dessen, was in Luft liegt und im Lande ist.

Richard David Precht: Das ist sicher richtig. Wobei man sagen muss, in Deutschland war links, als Genosse Trend auf der Seite der SPD war, da gab es mindestens so viele konservative Presse, die gegen Brandt war, wie die, die für ihn war. Man kann nicht sagen, nur weil der Zeitgeist in die Richtung ging, wären die Medien in diesem Zeitgeist gewesen. Sondern sie waren extrem polarisiert in dieser Zeit. Heute sind die Medien viel, viel, viel weniger polarisiert. Sie sind ein Spiegelbild der wohlmeinenden Mitte. Was den Krieg anbelangt, haben wir es mit einem ganz anderen Phänomen zu tun. Die deutschen Medien sind seit 1945 immer, in allen Situationen, wo es darum geht, dass Deutschland sich, in welcher Form auch immer, an Kriegen beteiligt, immer mehrheitlich dafür gewesen. Ohne jede Ausnahme. Unter dem Strich eine Zustimmung in der deutschen Medienlandschaft.

Roger de Weck: Da bin ich mit dir einig. Der spanisch-amerikanische Krieg, der letztendlich das Ende von Spanien besiegelte, 1898, wurde praktisch von Pulitzer, der damals noch Boulevardverleger war, der große Pulitzer, der die Pulitzerpreise gestiftet hat, manipuliert. Und in den USA sieht man, wie die Presse praktisch immer bellizistisch wurde. Man sieht das in vielen Ländern. Auch England hat das. Es gab Situationen, wo es richtig war, bellizistisch zu sein. Also, wer gegen den Zweiten Weltkrieg gewesen wäre, der wäre falsch gelegen. Dass ein Großteil der Medien mal für einen Krieg ist, kann richtig oder falsch sein. Der Mainstream bedeutet nichts in Bezug auf die Richtigkeit der Position.

Richard David Precht: Da sind wir vollständig einer Meinung. Das ist grundsätzlich so. Ich bin auch kein Pazifist, bin ich nie gewesen. Ich bin auch nicht pazifistisch erzogen. Und es geht mir auch nicht darum, dass es nicht in dem ein oder anderen Fall Argumente gibt, warum man sagt,

diesen Krieg so zu führen oder indirekt zu führen, das kann richtig sein. Das ist nicht der Punkt. Da geht es auch nicht um die Frage, ob ich meine ganz genaue Meinung, die gar nicht so einfach festzulegen ist, in der Frage des russischen Angriffskrieges, dass ich die 1:1 immer genauso mehrheitlich in den Medien wiederfinden möchte.

Roger de Weck: Ganz abgesehen davon, dass man nicht immer eine Meinung haben muss.

Richard David Precht: Ich glaube, dass sogar sehr viele Leute, mit denen ich rede, eine »sowohl als auch«-Meinung haben. Sodass auch übrigens diese Vorstellung, Deutschland wäre in dieser Frage gespalten, eine Medienkonstruktion ist. Weil ich glaube, es gibt mindestens so viele Menschen, die in dieser Frage hin und her und sowohl als auch sind. Die sich sehr klar in dieser Frage positionieren, auf der Seite, dass man sagt: »Waffenlieferungen führen nur zum Atomkrieg und bringen nie Gutes.« Oder: »Es gibt keine Alternative zu Waffenlieferungen, weil wir sonst Putin belohnen.« Also ich glaube, dass viele Menschen sowohl den einen Gedanken wie den anderen in ihrem Kopf haben. Aber medial, und das ist jetzt medienwissenschaftlich sehr, sehr gut dokumentiert, haben wir eine sehr, sehr breite Zustimmung zu diesem Narrativ: »Waffenlieferungen sind alternativlos. Und Friedensverhandlungen sind sinnlos.« Das Zweite, das ist eine Spekulation von mir, wird sich wahrscheinlich in absehbarer Zeit ändern.

Roger de Weck: Was mich erstaunt, ist, wie soll ich sagen, vor dem Hintergrund auch der Gespräche, die wir jetzt in der Tagung geführt haben, da erklang der Vorwurf, die öffentlich-rechtlichen Medien sind tendenziell links. Und plötzlich haben wir öffentlich-rechtliche Medien, denen Du vorwirfst, dass sie viel zu bellizistisch sind, was nun keine linke Position ist.

Richard David Precht: Was kein Widerspruch ist.

Roger de Weck: Ist kein Widerspruch?

Richard David Precht: Die größten Bellizisten in Deutschland sind die Grünen, die sich tendenziell eher links nennen würden als rechts.

Roger de Weck: Das ist die neue Mitte, hast Du gesagt.

Richard David Precht: Ja. Aber von ihrem Selbstverständnis her, von ihrer Tradition her und was weiß ich, was alle Umfragen zeigen, dass in keiner Partei die Zustimmung zu den Waffenlieferungen so stark ist, wie bei den Grünen.

Roger de Weck: Und wie ist da der Zusammenhang deiner Position? Du hast ja Sorgen geäußert in der Pandemie, dass die Demokratie gefährdet wird und man sie verteidigen muss. Und plötzlich wird eine Demokratie angegriffen, die Ukraine. Und da sagst du: »Vielleicht muss man die nicht bis zum Gehtnichtmehr verteidigen.«

Richard David Precht: Das ist eine absolute Verkürzung vieler Dinge, die ich zum Ukrainekrieg gesagt habe.

Roger de Weck: Ich bitte um Nachsicht, Journalist zu sein.

Richard David Precht: Man kann das auf YouTube nachgucken, ich habe 2014 in einer Talkshow diesen Krieg prophezeit. Ich bin da nicht stolz darauf, aber es ist so. Da waren 2014 der russische Botschafter und der ukrainische Gesandte in dieser Talkshow. Und es ging um die Frage: Was wird passieren, wenn der Westen die Ukraine nach 2014 stärker, vor allem militärisch, unterstützt oder gar mit einem Beitritt zur NATO winkt? Und ich habe damals gesagt, dass die logischste Folge davon ist, dass der Nationalchauvinismus in Russland mit dem Narrativ, »wir sind die Opfer und werden vom Westen angegriffen«, und so weiter, dass das immer stärker werden wird. Und dass das in einen neuen und schrecklichen Krieg münden wird.

Diese Vorgeschichte ist ein wichtiger Teil des Ganzen, der sich ereignet. Und ich will das jetzt nicht in jedem Detail aufarbeiten, wer, wann, welchen Fehler gemacht hat, dass es schließlich dazu gekommen war. Aber das Erste, was eben auffällt, ist, wenn man diese Vorgeschichte überhaupt zum Teil der Diskussion macht, dass man dann in der öffentlichen Diskussion wie jemand dasteht, der diesen Angriffskrieg rechtfertigt. Ich verurteile diesen Angriffskrieg absolut. Der ist völkerrechtswidrig, der ist barbarisch und der ist auch Ausdruck russischer Großmachtpolitik, also imperialistischer Politik. Ablesbar daran, dass die Sowjetunion ein Kolonialreich war, das seine Kolonien vor der Haustür hatte. Und die Ukraine ist sozusagen aus der alten, russischen Vorstellung: eine Kolonie. Und dieses Narrativ gehört zu diesem russischen Nationalchauvinismus, »das ist unser Land und wir können machen, was wir wollen«. Weswegen man das ja nicht Krieg nennt, weil man die Ukraine noch nicht einmal als Staat anerkennt.

Das alles verurteile ich zutiefst, das alles halte ich für absolut falsch. Die Frage, über die wir diskutieren, ist nicht: Verurteilen wir diesen Krieg? Die Frage ist auch nicht: Gehört der Ukraine unsere Unterstützung, unsere Solidarität? Und so weiter. Das ist alles sowieso klar. Da bin ich auf der absolut gleichen Seite mit Leuten wie Norbert Röttgen, mit dem ich sonst nicht viel teile.

Die zweite Frage ist: Was ist die beste Lösung für die Menschen in der Ukraine unter den jetzt bestehenden, realistischen Bedingungen? Wir müssen also den richtigen Weg suchen in dieser Situation. Und nun ist es so, dass man am Anfang gedacht hat, die Ukraine wäre nicht in der Lage, besonders lange durchzuhalten. Da habe ich auf den Rat der Militärs gehört, die eine ähnlich tolle Rolle spielen, wie vorher die Virologen in der Pandemie. Ja, sie müssen Experten für etwas sein, was sie im Detail doch nicht beurteilen können. Das haben wir ja gemerkt. Die Ukraine ist durchaus in der Lage, sich über längere Zeit zu verteidigen. Und mithilfe von Waffenlieferungen noch sehr, sehr viel länger. Ich habe den offenen Brief, allen Gerüchten, die es darüber geben mag, zum Trotz nicht unterschrieben gegen die Waffenlieferungen. Sondern aus dem Grund, weil zu jenem Zeitpunkt wir mit Waffenlieferungen bereits begonnen hatten. Und man kann, wenn man den Schritt einmal gemacht hat, nicht sagen: »Okay, jetzt haben wir uns das anders überlegt«, nach vier Wochen oder so. Deswegen habe ich diesen Brief nicht unterschrieben. Ich habe aber im Sommer unterschrieben, dass es eine von den westlichen Staaten ausgehende, in Abstimmung mit der Ukraine selbstverständlich, diplomatische Initiativen geben muss. Weil die militärische Logik ein immer Mehr an Waffen zwingend erfordert. Es ist vollkommen logisch, jetzt Kampfflugzeuge einzusetzen und weitreichendere Raketen und so weiter. Es gibt aber auf dieser Logik keinen Punkt, der dazu führen wird, dass irgendwann ein Krieg oder ein Atomschlag verhindert werden kann. Weil auch die Befürworter der Waffenlieferungen sich nicht ernsthaft vorstellen können, wenn diese Rückeroberung gelänge, was militärisch unwahrscheinlich ist, aber mal gesagt, sie würde gelingen. Was würde denn an dem Tag passieren, an dem der erste ukrainische Soldat die Krim betritt? Würden die Russen dann sagen: »Wir haben es versucht, aber schlecht ausgegangen. Haben wir verloren, so etwas kommt halt vor.« Dann wird es doch richtig gefährlich. Es wird auch immer gefährlicher, je größer diese Erfolge sind. Das wissen wir im Grunde genommen auch alles. Und jetzt haben wir eine Position, dass wir das Narrativ beibehalten: Die Ukraine muss ihre Gebiete zurückerobern. Uns aber gleichzeitig vor den Konsequenzen fürchten, alles dafür einzusetzen, damit das passiert. Weil wir wissen, dass die Gegenseite auch alles macht.

Roger de Weck: Wir entfernen uns von den Medien und diskutieren zur Sache. Aber dann bleibe ich mal bei der Sache. Ein Beispiel für mich ist Finnland. Finnland wurde auch von Russland, beziehungsweise von der Sowjetunion, angegriffen. Und hat im Winterkrieg dermaßen gekämpft, unter immensen Verlusten, dass die Russen bis heute im Grunde genommen gecheckt haben: »Also, mit den Finnen legst du dich besser nicht an.« Zum Schluss haben die Finnen ein Viertel ihres Staatsgebiets an Russland abgegeben. Ist es nicht eine Logik, die vielleicht auch in den Medien zu wenig diskutiert wird, nicht nur schwarz oder weiß, dass es gut ist, wenn dieser Krieg relativ tief sich einfrisst in die russische Seele. Damit sie wissen: »Also, das nächste Mal legst du dich mit der Ukraine nicht an.« Ist auch eine Position, die in den Medien unterbelichtet ist.

Richard David Precht: Ja. Es ist auch eine Situation, deren Logik ich nachvollziehen kann. Von Brecht kommt die Unterscheidung, ob man im Namen der Moral argumentiert oder im Namen der Geschädigten. Und der Teil meiner Erziehung, der hier durchkommt, ist meine Sympathie mit den Geschädigten. Wenn ich sagen würde, der Krieg kann gar nicht fürchterlich genug sein, damit die Russen sich da so eine blutige Wunde reißen, dass sie es nie wieder versuchen, dann heißt das gleichzeitig, dass ich auch in Kauf nehme, dass noch weitere 100.000 Ukrainer sterben. Letztlich ist es eine Entscheidung, die, Gott sei Dank, nicht wir beide zu fällen haben.

Roger de Weck: Sondern die Ukraine.

Richard David Precht: Sondern die Ukraine.

Roger de Weck: Genau.

Richard David Precht: Das ist das, was hier auf dem Spiel steht und worum es geht. Wir haben aber eine Diskussion, da sind wir zurück in den Massenmedien, wo Leute, die Zweifel daran haben, dass wir gerade auf dem richtigen Weg sind, als Zyniker dargestellt werden. Ein Zyniker ist ein Mensch, der aus bösen Motiven heraus, sich über andere lustig macht. Muss ich jemanden unterstellen, ein schlechter Mensch zu sein, weil er anderer Meinung ist als ich? Ich habe Freunde, die in diesen Fragen völlig anderer Meinung sind als ich. Sie sind trotzdem meine Freunde. Es gibt

Leute, die haben die gleiche Meinung, die sind aber nicht meine Freunde. Ich halte Menschen nicht für deswegen intelligent oder für moralisch, weil sie die gleiche Meinung haben wie ich. Das ist aber das, was wir hier ganz stark in der Diskussion haben. Wir moralisieren entlang dieser schwierigen Entscheidungen, was man letztlich glaubt, was das Richtige ist zu tun. Und wir befinden darüber in hochpersonalisierten Debatten, wer ein guter Mensch ist und ein schlechter Mensch. Und das passt nicht zu einer deliberativen, liberalen Demokratie im 21. Jahrhundert. Das ist nicht das Deutschland, wie ich es sehe.

Roger de Weck: Aber da sind wir wieder zurück dort, wo ich der Meinung war: Mehrheitsmeinung, Minderheitsmeinung. Und wer die Minderheitsmeinung vertritt, der hat es immer schwerer. Und bis jetzt haben die Vertreter von Minderheitsmeinung nicht sich darüber beklagt, dass sie nicht zum Zug kommen. Sondern sie haben das als strukturelle Gegebenheit einer Minderheitsmeinung akzeptiert.

Richard David Precht: Also, ich akzeptiere nicht einmal den Begriff der Minderheitsmeinung. In der Frage, dass vom Westen aus diplomatischen Missionen machen sollen, dass wir uns stärker bemühen müssen um einen Friedensschluss, hat es in allen Umfragen, seit Beginn des Krieges, immer eine breite Mehrheit dafür gegeben.

Roger de Weck: Ich habe das Gefühl, dass die Meinungskorridore, um dieses vielzitierte Wort anzuführen, nicht enger geworden sind. Sondern vielleicht sogar ein bisschen breiter. Also, in meiner Jugend gab es Meinungskorridore, die viel, viel enger waren. In der Schweiz bin ich vielleicht geprägt durch sehr enge Meinungskorridore. Wer da die Meinungskorridore damals verließ, der riskierte extrem viel, bis hin zu existenziellen, also beruflichen Folgen. So viele, damals in dem herrschenden bürgerlichen Zeitgeist, vor 1968 oder auch nach 1968, haben extrem viele kluge Leute ihre Karriere verspielt, dadurch, dass sie eine linke Meinung vertraten. Und jetzt haben sich die Verhältnisse umgekehrt. Sie sind weniger übersichtlich. Und was links und was rechts ist, vermischt sich. Da bin ich bei dir, wenn man sieht, wie sich im Grunde genommen eine neue Mitte herausbildet. Aber die Mechanismen, sei es in der Gesellschaft, sei es in Medien, mit Mehrheits- und Minderheitsmeinungen, da bin ich nicht sicher, ob sie sich so grundlegend geändert haben, wie Du das beschreibst. Den Paradigmenwechsel, den Du angeführt hast, sehe ich nicht ganz.

Richard David Precht: Okay. Sehr schöne Frage, die mir die Gelegenheit gibt, das deutlicher zu machen. Ich hatte vorhin schon zu dir gesagt, ich bin nicht der Überzeugung, dass früher alles besser gewesen wäre. Früher war auch vieles schlecht. Oder andere Dinge schlecht. Früher waren andere Sachen schlechter als heute. Wir haben einen großen Fortschritt gemacht in den letzten Jahrzehnten. Man muss sich nur mal die Rolle der Frau in der Gesellschaft angucken gegenüber den 50er, 60er Jahren. Als Frauen ohne Unterschrift ihres Gatten nicht einmal einen Mietvertrag unterschreiben durften. Wir finden das Schlagen von Kindern heute nicht mehr so selbstverständlich wie in der Zeit meiner Erziehung, als überall noch geschlagen wurde. Ich könnte jetzt Stück für Stück durch die Gesellschaft gehen und sagen: Die Erfolgsgeschichte der westlichen Staaten ist die Geschichte einer zunehmenden, moralischen Sensibilisierung für immer mehr Fragen. Also eine Aufwärtsbewegung.

Wir leben heute in moralisch positiveren Zeiten. Wir haben bessere Umgangsformen in vielen, in manchen Sachen nicht. Höflichkeit, Pünktlichkeit, Straßenverkehr. Aber in sehr vielen elementaren Dingen haben wir uns höher entwickelt gegenüber dieser Zeit. Das ist doch wahnsinnig toll. Warum finden wir das in den Medien nicht wieder? Wenn wir heute in vielen Bereichen Wert darauflegen, am Arbeitsplatz anständiger miteinander umzugehen, warum gehen wir nicht in den Medien anständiger miteinander um? Warum sind die Medien dieser Höhersensibilisierung nicht gefolgt? Ich dachte, sie wären gefolgt. Bis Corona kam, eigentlich bis die Migrationskrise kam, da ging das los. Dann Corona, jetzt der Krieg. Wir erleben, da ist ein unterschwellig barbarisches Moment drin.

Roger de Weck: Das habe ich nicht verstanden. Was ist barbarisch?

Richard David Precht: Ein unterschwellig barbarisches Motiv. Damit meine ich diese Lust am Zerstören von Personen. Früher wurden Diskussionen unter dem Strich immer noch genauso hart ausgetragen. Im Buch bringen wir als Beispiel den Historikerstreit. Aber nie so ausgetragen, dass wir gesagt haben: »Der Andere ist ein total schlechter Mensch, ein kompletter Idiot, und sowieso nur ein Wichtigtuer.« Das wird heute bei abweichenden Meinungen sofort gemacht. Insofern hat die Vertwitterisierung der Kultur, die verantwortungslos anonymisierte Hasskultur in sozialen Netzwerken auf die Leitmedien inzwischen abge-

färbt. Und hat eben dazu geführt, dass solche Debatten unzulänglich personalisiert werden und wir den wohlmeinenden Streit aus den Augen verlieren. Den wir so dringend brauchen, bei so schwierigen Fragen, wie die, über die wir jetzt zuletzt gesprochen haben.

Roger de Weck: Als die SPIEGEL-Affäre ausbricht, dann ist in den Spalten des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL, Franz Josef Strauß die Verkörperung des Bösewichts. Und werden SPIEGEL-Journalisten sogar verhaftet, weil sie die Schwächen der Bundeswehr, die es damals schon gab, enthüllen. Das ist heute doch anders.

Richard David Precht: Habe ich gerade gesagt, früher war vieles schlechter. Aber ich wünsche mir natürlich, dass die Dinge besser werden als sie jetzt sind. Also, mit dem Hinweis, dass früher viele Dinge schlechter werden, kann ich das, was heute nicht gut ist, nicht rechtfertigen. In der Tagung geht es um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dabei geht es auch um eine Bilanz: Was ist gut? Was ist schlecht? Und was könnte in Zukunft besser werden? Und dieses Buch enthält ganz viele Anregungen zu der Frage, was wir vielleicht in Zukunft besser machen können. Wo ich das Gefühl habe, dass bei so großen Krisen, wenn es so richtig mal darauf ankommt, wir also den wohlmeinenden Streit brauchen, so viel Deliberation wie möglich brauchen. Dass wir uns da im Augenblick kein gutes Zeugnis ausstellen können. Es fehlt die Ausgewogenheit. Es gibt neue Auswertungen dazu. Es hat eine einzige Talkshow im deutschen Fernsehen seit Beginn des Ukrainekrieges gegeben, in der die Zweifler an Waffenlieferung und Befürworter von diplomatischen Lösungen, und diejenigen, die unbedingt für Waffenlieferung waren und diplomatische Lösungen als unrealistisch verlacht haben, in einem Verhältnis von fifty-fifty waren. Das war, als ich mit Markus Lanz darüber diskutiert habe in seiner Sendung. Alle anderen, hunderte von Talkshows, sind drei zu eins oder vier zu eins besetzt gewesen. Jetzt wirst Du wieder sagen: »Ist ja eine Minderheitenmeinung.« Es ist eine Minderheitenmeinung, die je nach Situation von 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung geteilt werden. Das ist keine Spartenmeinung, es ist keine Extremistenmeinung. Sondern das ist eine Meinung, die tief in der Tiefe und Breite der Bevölkerung verwurzelt ist. Warum ist das so?

Roger de Weck: Und wie lässt sich das beheben? Darf ich hier Skepsis anmelden anhand meiner Schweizer Erfahrung? Bei dem öffentlichen Medienhaus in der Schweiz, es ist kein öffentlich-rechtliches Medienhaus, sondern ein öffentliches Medienhaus, ist das, was in eurem Buch gefordert ist, allgegenwärtig. Dadurch, dass praktisch alle Kräfte in der Gesellschaft Volksbegehren passieren können, über die dann die Bürgerinnen und Bürger abstimmen, ist praktisch jede gesellschaftliche Interessenvertretung voll drin in der Politik. Und wird entsprechend in den politischen Debatten, in den Sendungen, in den Magazinen, in den Talkshows abgebildet. Alles. Es ändert an der Wahrnehmung des öffentlichen Medienhauses nichts. Es sind praktisch alle Forderungen aus deinem Buch erfüllt. Und deswegen wird das öffentliche Medienhaus fast noch heftiger befeuert von denselben Kreisen, die Du als unterrepräsentiert in der Bundesrepublik darstellst.

Richard David Precht: Ich würde die Leute, die in der Schweiz das System des öffentlichen Rundfunks angreifen, unterminieren und am liebsten abschaffen würden, also die SVP, als rechte, extrem rechte Kraft nicht gleichsetzen mit Kräften, über die wir gerade sprechen. Beim Ukrainekrieg zum Beispiel geht es letztlich weder um rechts noch links. Wo diejenigen, die eine andere Meinung haben als der allgemeine Regierungsnarrativ, in keinster Form Gegner oder Feinde des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind.

Unser Buch ist ein Plädoyer für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das heißt, es ist doch ein Unterschied, ob ein Systemfeind auftritt, vor dem ich mich hüten muss, oder ob wir die Situation haben, dass ich mir wünsche, in solchen Debatten mehr Deliberation zu haben. Ich sehe die Gefahr, dass sich die Leute nicht mehr repräsentiert fühlen – ganz viele Menschen aus dem Osten haben es sich zur Angewohnheit gemacht, sich nicht repräsentiert zu fühlen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Der Grund dafür ist extrem vielschichtig und vielfältig. Hat damit zu tun, dass der Westen die Deutung über den Osten übernommen hat. Das heißt, die im Westen wussten scheinbar immer genau, wer »Ossis« sind und wie »Ossis« ticken. Und wenn man als »Ossi« Karriere machen wollte, dann musste man, wie Angela Merkel, total wie die »Wessis« sein. Dass sich da etwas angestaut hat, was sich unter anderem gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk artikuliert, ist nochmal etwas anderes als dieser aus der Tiefe des Raumes kommenden Hass auf das öffentliche Fernsehsystem in der Schweiz.

Roger de Weck: Nicht nur in der Schweiz. In vielen Ländern Europas ist der unter Beschuss. Ich will die Vergleiche, die ja immer hinken, nicht zu weit treiben. Nur noch ein Teilvergleich: Die Posi-

tion, die eine Sarah Wagenknecht in Deutschland vertritt, wird auch vom mächtigsten Mann der Schweiz vertreten. Von Christoph Blocher, dem reichsten Mann der Schweiz, dem die größte Partei mit über 25 Prozent Wähleranteil gehört. Er sagte ganz am Anfang: Wir müssen uns sofort mit Putin verständigen, einen Vertrag über Gaslieferungen abschließen. Und es muss sofort verhandelt werden, damit wir unser Gas bekommen. – Das ist eine halboffizielle Meinung in der Schweiz, die überall, in allen Medien, teilweise sehr unkritisch einfach dargestellt wird. Und trotzdem ändert sich an der Wahrnehmung des Mediensystems als den Abgehobenen, »die da oben und wir sind das eigentliche Volk«, ändert sich trotzdem nichts. Da ist meine Vermutung: Es sind ganz andere Dinge, die dahinterstehen. Nämlich der Wille, auch die öffentlich-rechtlichen, aber auch die privaten Medien so weit zu schwächen, dass sie letztlich in den Einflussbereich dieser Populisten geraten, zusehends. Wir beobachten das in der Bundesrepublik bei der Entwicklung der BILD-Zeitung, wo ich das Gefühl habe, es geht immer mehr in diese Richtung. Es scheint, dass die Chefredakteure entlassen worden sind, weil sie nicht radikal genug waren. Bei allen Stärken und Schwächen des Angebots öffentlich-rechtlicher Medienhäuser, und weiß Gott, jeder, der Intendant war, jeder, der Verantwortung getragen hat in den Medien, weiß um die Gaußsche Kurve, um die Stärken und Schwächen, und so weiter. Aber dass die Schwächen des Angebots nicht das maßgebliche Problem sind der Medienhäuser, das scheint mir klar. Aus meiner Sicht haben ARD und ZDF mit der BBC wahrscheinlich das beste Angebot der Welt.

Richard David Precht: Auch ich bin der Überzeugung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland zu den besten Rundfunk- und Fernsehsystemen der Welt gehört. Ich glaube auch, dass man bei der Qualitätspresse, die wir in dieser Breite haben, lange überlegen muss, in welchem Land man das auf ähnliche Art und Weise findet. Das ist sehr erhaltenswert. Und weil ich es sehr erhaltenswert finde, gucke ich es mir besonders kritisch an, wo ich das Gefühl habe: Hier sind Entwicklungen im Gange, die letztlich diesem System schaden. Harald Welzer hat das auch immer gesagt. Wir betrachten das Mediensystem in Deutschland aus der Perspektive von kritischen Liebhabern. Und nicht aus der Perspektive von jemanden, der grundsätzlich dagegen ist oder immer schon dagegen war. Das heißt also, ich hatte genau die gleichen Feinde, die Peter Frey hat, von denen er heute Nachmittag sprach. In dem Punkt unterscheiden wir uns gar nicht. Ich würde aber sagen, es gibt einige Strategien, die wahrscheinlich nicht so schlau sind. Sonst werden die Feinde weiter gestärkt. Ich kenne dein Gegenargument. Du hast gerade gesagt: »Die Feinde sind immer stark, selbst wenn wir in Deutschland wahnsinnig deliberative Debatten hätten.« Ja, und wenn wir viel friedlicher miteinander umgehen würden und ausgeglichener besetzte Talkshows und so weiter hätten, das ist ja deine These, dann würden diejenigen, die das System unterminieren, unterwandern wollen und die autokratischen Vorstellungen haben, trotzdem gestärkt. Das kann ich nicht widerlegen. Ich nehme das sozusagen als zusätzliches Argument in meinem Kosmos auf.

Roger de Weck: Ich möchte gleich noch auf die Lösungen, die Ihr andeutet, zu sprechen kommen. Aber noch ein Punkt zuvor: Wir leben in einer Zeit der Kulturkämpfe. Und wo wir früher einen Kampf hatten, vielleicht oben gegen unten, die Konservativen vertraten mehr oder weniger die Bessergestellten, die Linke vertrat die Schlechtergestellten. Das hatte kulturkämpferische Elemente. Die Arbeiterbewegung entwickelt eine starke Identität und Kultur. Aber es war nicht nur ein Kulturkampf. Wir haben heute auf verschiedensten Feldern reine Kulturkämpfe. Und für die Medien gibt es die Möglichkeit, entweder Teil des Kulturkampfs zu werden, auf der einen Seite, und auf der anderen. Was nicht von vorneherein schlecht sein muss. Es gab auch gute Kulturkämpfe. Oder den Versuch zu sagen: Der Kulturkampf ist nicht so schlimm. Wie soll ich mich positionieren, wenn ich mich dazwischen einordne? Nehmen wir den Kulturkampf zwischen den reformierten Protestanten und den Katholiken. Dem verweigerte sich Erasmus von Rotterdam und sagte: »Ich bleibe Katholik, obwohl ich eigentlich protestantisch bin.« Aber das waren Ausnahmeerscheinungen. Es ist verdammt schwer, sich in Kulturkämpfe-Zeiten nicht auf eine Seite zu schlagen.

Richard David Precht: Ich bin in Debatten, die mich selbst eigentlich nicht interessieren, immer irgendwo. In der Genderdebatte zum Beispiel. Ich finde die eine der überschätztesten Debatten, die wir in dieser Gesellschaft überhaupt haben. Ich finde, was Peter Frey gesagt hat, klug. Beide Seiten müssen damit lernen, dass es die andere Seite gibt.

Roger de Weck: Ich finde die Fragen langweilig in dieser Debatte.

Richard David Precht: Ich finde die Debatte wahnsinnig uninteressant und trotzdem bin ich ja irgendwo. Schon durch die Tatsache, dass ich sie uninteressant finde, wenn ich das meinen Studentinnen in Lüneburg sage, mache ich mich unbeliebt. Schon die Debatte nicht für die Debatte überhaupt zu halten, ist eine Stellungnahme. Das heißt, als Person beziehe ich selbst dann, wenn ich keine dezidierte Stellung beziehe, durch die Art und Weise, wie ich mich artikuliere, Stellung. Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der muss ja, Gott sei Dank, weil er keine Person ist, dazu keine Stellung in dem Sinne beziehen. Der muss sich die Frage stellen: Welche Breite möchte er abdecken? Wichtige Frage immer: Welchen Sprachgebrauch wählt er? Also, wenn aus einer Regierung über Nacht ein Regime wird oder ein Aggressor. Ich rede jetzt nicht von Russland, dezidiert nicht. Ich rede von vielen anderen Konflikten, die es gegeben hat. Assad wurde gerade noch hofiert, von einem Tag auf den anderen ist er dann Regime und Diktator. Wo man sich fragt: War er das nicht eigentlich vorher immer schon?

Roger de Weck: Klammer auf, die Nachrichtenagentur Reuters, wenn ein Terroranschlag stattfindet, spricht nie von »Terroristen«, weil das bereits eine Wertung ist. Sondern spricht von »der Bombenleger«, »der Schütze«, was auch immer, also spricht von den »Attentätern« funktional und nicht wertend.

Richard David Precht: Was gut und richtig ist. Es gibt ja terroristische Akte, die würden zum Beispiel Partisanenkrieg nennen. Und je nachdem, was für ein Krieg das ist, halten wir den für legitim und gerechtfertigt. Die Tatsache allein, dass jemand eine Bombe legt, ist nicht unbedingt etwas, was wir negativ sehen. Wenn jemand jetzt irgendeine sowjetische oder russische Kommandantur sprengt, muss er für uns nicht unbedingt ein Terrorist sein. Also »Terrorist« ist diese Wertung. Und das nicht zu machen, vorsichtig mit der Sprache zu sein, breites Debattenforum zur Verfügung zu stellen. Darauf kommt es an. Mit nicht Mehrheitsmeinungen unter zwei Gesichtspunkten umgehen. Der eine Gesichtspunkt ist: Ist das, was derjenige macht, mit dem Grundgesetz zu vereinbaren oder nicht? Deswegen, warum man Björn Höcke nicht in Talkshows einlädt, verstehe ich sofort. Wer nicht auf dem Boden unserer Verfassung steht und menschenverachtende Dinge von sich gibt, dem müssen wir keinen Raum geben. Aber viele andere Positionen, die, sofern sie, das ist der zweite Gesichtspunkt, nicht komplett an den Fakten vorbeigehen, dürfen nicht ausgeblendet werden. Ich muss nicht Kreationisten jedes Mal zum Thema Religion einladen und einmal drei Leute haben, die die Evolutionstheorie bezweifeln.

Das sind zwei wichtige Kriterien, wo ich sage: Diese Debatte muss ich bei mir hier nicht austragen, egal, wie viele Leute das glauben. Das ist schon mal eine ziemlich gute Leitplanke. Bei anderen gesellschaftlichen Meinungen aber zu überlegen, wie ich die abdecken kann.

Roger de Weck: Letzte Frage: Was sind deine Vorschläge, um zu beheben, was Du kritisierst? Was ist die Therapie?

Richard David Precht: Ich kann also nur ein bisschen versuchen, mit der Taschenlampe in den Nachthimmel zu leuchten. Tendenzen aufzuzeigen. Das eine, was ich mir wünsche, ist, Selbstkritik stärker ins Mediensystem einzubauen. Corona wäre eine gute Gelegenheit dazu. Dass man eben auch sagt, in Kommentaren oder in Berichten, was man aus den und den Gründen damals anders gesehen hat. Als man zum Beispiel glaubte, dass Impfung vor Ansteckung schützt und so weiter. Das heißt nicht, dass man seine Position herumdrehen soll. Sondern, dass man einfach sagt: Okay, hier haben wir dazugelernt. Das haben wir damals nicht so genau gewusst.

Menschen, die zur Selbstkritik fähig sind, zur Selbstironie, die mal auch über sich lachen können, und so weiter, die sind mir sympathischer. Ich habe viel mehr Vertrauen zu denen, als zu denjenigen, die immer auf ihrer Position bleiben und immer recht zu haben meinen. Mit selbstkritischer Reflexion würde man so viele Leute wieder einfangen, die gesagt haben: »Das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das ist ein Kartell und eine Meinung.« Ich weiß, Du bist da skeptisch wegen der SVP. Das aber wäre mein Therapieansatz.

Roger de Weck: Kai Gniffke hat in seinem Vortrag durchaus nuanciert, vorsichtig, wahrscheinlich aus Loyalität zu seinen Mitarbeiter:innen, durchaus auch sich kritisch gebeugt über die Arbeit, die in der politischen Berichterstattung erfolgt. Du hast erlebt, wie Peter Frey durchaus nicht ohne Selbstkritik da ausgekommen ist. Und im Tenor dieser Tagung gab es immer mal auch ein selbstkritisches Beugen über die eigene Arbeit, die eigene Strukturen und die eigenen Reflexe und so weiter und so fort. Findest Du wirklich, es gibt zu wenig Selbstkritik?

Richard David Precht: Ja, ich finde angesichts der Heftigkeit der Debatten gibt es im Augenblick zu

wenig Selbstkritik. Es ist ja etwas anderes, ob man das hier auf einem Forum oder ob man das im Kommentar im heute journal macht. Das ist schon ein ziemlich großer Unterschied. Ich finde, da könnte man kritischer sein. Ich glaube, dass man Leute, die man in der Pandemie verloren hat, wieder kriegen kann. Und denen muss man nicht entgegenkommen, man muss nicht zu Kreuz kriechen, aber man muss einfach einräumende Worte finden. Das wäre sehr gut und wichtig, das in diesem Augenblick zu tun. Ich drücke die Daumen, dass die Tendenz in diese Richtung geht.

Roger de Weck: Vielen Dank für das instruktive Gespräch – und bitte einen großen Applaus für Richard David Precht. D

Stärken und Schwächen des Angebots der Öffentlich-Rechtlichen

Aurelie von Blazekovic, Süddeutsche Zeitung; Prof. Dr. Mark Eisenegger, Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich; Dr. Johannes Hillje, Autor und Kommunikationsberater

Roger de Weck: Wir wollen uns über die Qualität des Angebots der Medien im Allgemeinen und des öffentlich-rechtlichen Angebots im Besonderen austauschen. Johannes Hillje, Sie haben zusammen mit Paulina Fröhlich eine Studie veröffentlicht: »Die Talkshow-Gesellschaft«. Sind wir wegen der öffentlich-rechtlichen Medien in einer Talkshow-Gesellschaft?

Johannes Hillje: Talkshows haben Einfluss, einen vielleicht sogar gesteigerten Einfluss auf den politischen Diskurs. Sie werden relativ stark rezipiert im Fernsehen und natürlich auch in den Mediatheken. Das heißt, durch den Zuspruch der Zuschauerinnen und Zuschauer wird diesem Konzept und diesem Format Talkshow schon recht gegeben. Es gibt aber auch eine Talkshow-Gesellschaft in dem Sinne, dass wir immer wieder eine relativ ähnliche Konstellation von Akteuren in diesen Talkshows sehen. Wir haben uns gefragt, wie diese Gästeauswahl auf den politischen Diskurs wirkt, wer daran teilnimmt und welche Themen dort diskutiert werden. Unser Ausgangsthese war, dass die Gästeauswahl mit dem Repräsentationsempfinden der Menschen ein Stück weit interagiert. Darauf hat auch Richard David Precht gestern Abend hingewiesen, es gebe oftmals diese Drei-zu-Eins-Situation in Talkshows, dass bestimmte Positionen, weil sie auch in der Gesellschaft eine gewisse Unterstützung haben, stärker vorkommen. Wir haben dann die Gästelisten von 1.200 Talkshows der letzten drei Jahre, 2020 beginnend, durchgearbeitet.

Roger de Weck: Und dafür sehen Sie doch recht frisch aus.

Johannes Hillje: Es ist nicht vergnügungssteuerpflichtig, diese 1.200 Sendungen zu analysieren. Wir haben uns die Gäste vor allem daraufhin angeschaut, aus welchen gesellschaftlichen Bereichen sie kommen, wen sie repräsentieren. Dabei haben wir festgestellt, dass zwei Drittel der Talkshow-Gäste aus Politik und Medien kommen, also Parteien repräsentieren, Politikerinnen und Politiker sind oder eben Journalistinnen und Journalisten. Acht Prozent, das war dann die drittstärkste Gruppe, waren Menschen aus der Wirtschaft, also Vertreter von Unternehmen oder Unternehmensverbände oder auch Gewerkschaften. Und dann kamen mit viel kleineren Prozentzahlen noch Wissenschaft oder Kultur

Roger de Weck: In welchem Umfang sind die Kirchen dabei?

Johannes Hillje: Die Kirchen waren nahezu unsichtbar, unter einem Prozent. Das Gespräch findet vor allem zwischen Politik und Medien statt. Darin sehen wir ein Problem, weil die öffentliche Debatte und auch der politische Diskurs in unserer repräsentativen Demokratie eben nicht nur durch diese beiden Sphären und Akteure organisiert und hergestellt wird. Sondern wir haben auch viele Verbände, die eine große Rolle spielen in unserer Gesellschaft, die Interessen bündeln und auch nach außen tragen wie zum Beispiel Kirchen. Aber auch zivilgesellschaftliche Akteure spielen eine große Rolle. Und es sind interessanterweise die Organisationen, die in geringem Umfang vertreten sind, die ein besonders großes Vertrauen eigentlich in der Gesellschaft genießen. Verbraucherschutzorganisationen, Polizei, aber auch Gewerkschaften. Da haben wir uns gefragt, ob es nicht sinnvoll wäre, zumindest den Anteil dieser Akteure in den Talkshows zu erhöhen, um ein vielleicht umfassenderes Bild auch von Meinung und Pluralismus in der Gesellschaft abzubilden. Und vielleicht auch das Vertrauen zu erhöhen in die politischen Debatten.

Roger de Weck: Aurelie von Blazekovic, Sie sind Medienredakteurin der Süddeutschen Zeitung. Welchen Blick werfen Sie auf diesen Talkshow-Betrieb?

Aurelie von Blazekovic: Einerseits würde ich sagen, die Talkshows sind noch eine der wenigen verbliebenen richtigen Fernsehereignisse. Wir haben gestern auch über Individualisierung im Digitalen gesprochen. Ich glaube, was man den Talkshows zugutehalten kann, ist, dass sie immer noch viele Menschen zur selben Uhrzeit vor dem

Fernseher versammeln. Das sehen wir auch, wenn wir sie in der SZ besprechen. Das wird gelesen, das interessiert die Leute.

Eine Talkshow sollte natürlich ausgewogen sein. Dabei müssen wir uns vor einer falschen Ausgewogenheit hüten, wenn man beispielsweise beim Thema Impfen einen Impfgegner gegen einen Wissenschaftler platziert. Das ist keine Ausgewogenheit. Da wird einer deutlichen Minderheitsmeinung übermäßig viel Raum gegeben. Und es werden Fakten mit Meinungen gleichgesetzt. So entsteht ein falsches Bild.

Roger de Weck: Mark Eisenegger, Sie sind Professor an der Universität Zürich, Leiter des Forschungszentrums Öffentlichkeit und Gesellschaft, das sich sehr stark auch mit der Qualität der Medien auseinandersetzt. Sie geben etwas heraus, was einzigartig ist in Europa, nämlich ein Jahrbuch Qualität der Medien über die Schweizer Medien, ihre Arbeit, ihre Stärken und Schwächen. Ein Jahrbuch, das anfangs unglaublich umstritten war, von der Branche bekämpft wurde und inzwischen zu einem Standard geworden ist. Welchen Blick werfen Sie auf die Talkshow-Gesellschaft?

Mark Eisenegger: Auch in der Schweiz haben wir diese Debatte über eine False Balance. Da gab es eine interessante, auch heftige Debatte beim SRF, dem Schweizer Radio und Fernsehen. Dass man in einen Medienclub drei Skeptikerinnen eingeladen hatte und nur zwei aus der Wissenschaft auf der Gegenseite. Das hatte dann sehr kritische Reaktionen ausgelöst. Wir untersuchen die Qualität von den öffentlich-rechtlichen wie den privaten Medien. Die Qualität bei den öffentlichen Medien in der Schweiz ist überdurchschnittlich gut, sehr gut in vielen Dimensionen. Wo sie nicht so gut performen, ist bei der Vielfalt. Da sind sie zwar auch ein kleines Stück vor den Privaten, aber unterscheiden sich hier nicht sehr stark von diesen. Und das ist tatsächlich etwas, was man kritisieren kann, dass gerade auch zum Beispiel zivilgesellschaftliche Akteure nicht so stark repräsentiert sind.

Auch die öffentlichen Medien spiegeln die Grundstimmungen in der Gesellschaft wider. Sie präsentieren auch häufig prominente Akteure, etwa der SVP, der Schweizerischen Volkspartei, die im rechtspopulistischen Spektrum fischt, die oft laut und schrill ist. Und von daher viel Resonanz in den Medien bekommt, mehr als dem Wähleranteil entspricht. Den Konformitätsdruck, den Richard David Precht beschrieben hat, kann ich so für die Schweiz nicht bestätigen. Gerade diese schrillen Stimmen bekommen in den Schweizer Medien sehr viel Resonanz. Auch deshalb, weil sie es exzellent können, die Nachrichtenwertlogik zu bedienen. Also auf Emotion, auf Irritation setzen.

Roger de Weck: Aurelie von Blazekovic, ist das gleichsam ein polarisierender Zug, der einer Talkshow innewohnt? Sind die Talkshows Polarisierungsmaschinen?

Aurelie von Blazekovic: Das ist Teil ihrer Logik. Sie müssen, sie wollen eine Debatte erzeugen. Das bringt am meisten Aufmerksamkeit. Deshalb sehe auch ich hier keinen Konformitätsdruck. Die Logik ist, dass man Leute braucht, die manchmal vielleicht sogar Minderheitenmeinungen vertreten. Ich nehme Talkshows aber nicht als reine Polarisierungsmaschinen wahr.

Roger de Weck: Herr Hillje?

Johannes Hillje: Ich bleibe dabei, es gibt in der Sendungskonzeption oftmals diese polarisierende Logik. Regierung und Opposition sollen beispielsweise vertreten sein. Es sollen in jedem Fall Positionen vertreten sein, die irgendwie aufeinandertreffen. Und meistens ist es dann so, gerade, wenn man die Besetzung vor allem durch parteipolitische Vertreterinnen und Vertreter vornimmt, dass da auch kein Interesse an so etwas wie einem gemeinsamen Kompromiss oder zumindest Übereinstimmung im Laufe der Sendung zu erwarten ist. Eigentlich sind gerade parteipolitische Akteure darum bemüht, in Talkshows vor allem die Differenzen herauszustellen. Deswegen habe ich manchmal die Sorge, dass Zuschauerinnen und Zuschauer am Ende ein bisschen ratlos zurückbleiben, weil die Sendung dann ein Streit mit Ansage war und es geknallt hat. Dann ist zwar Konzept aufgegangen, dass Positionen aufeinandergeprallt sind, dass man Differenzen aufgezeigt hat. Aber es wurden vielleicht keine wirklichen Lösungswege oder zumindest Ansätze für Lösungen aufgezeigt. Und das kann ein Publikum dann manchmal etwas ratlos und vielleicht sogar noch uninformierter als vor der Sendung zurücklassen.

Deswegen argumentieren wir in der Studie, dass eben genau diese Akteure, die unseren Daten nach fehlen, Interessenorganisationen, wie etwa Verbraucherschutzverbände, stärker berücksich-

tigt werden, weil sie eben nicht parteipolitisch agieren, sondern zwischen parteipolitischen Positionen vermitteln können und eben konstruktive Lösungswege aufzeigen können.

Ich habe, wie gesagt, manchmal die Sorge, dass am Ende die Fragezeichen noch größer sind als vor der Sendung. Und das kann auch in letzter Konsequenz zu mehr Resignation, Verdruss, Herr Eisenegger würde vielleicht sogar sagen, auch Nachrichtenvermeidung führen.

Roger de Weck: Ein großer Nachbar der Akademie, Jürgen Habermas, hat mit Strukturwandel der Öffentlichkeit den gesellschaftlichen Prozess beschrieben, der die Demokratie prägt. Würden Sie sagen, Mark Eisenegger, in so vielen Talkshows ist es nur Schlagabtausch und nicht Erkenntnis und lösungsorientierter Diskurs?

Mark Eisenegger: Zu den Talkshows verfüge ich nicht über empirische Befunde. Wir vermessen siebzig Medien in der Schweiz. Aber das sind Informationssendungen. Wenn ich die großen Talkshows in der Schweiz anschaue, die Arena und den Club, dann wird das durchaus gesittet gestritten, nicht immer, aber doch häufig. Ich bin ein großer Anhänger von dem, was Habermas sagt, dass wir gesellschaftliche Intelligenz nur dann erreichen können, wenn wir gesittet Argumente gegeneinander abwägen. Und das setzt auch voraus, dass wir verschiedene Perspektiven ganz bewusst zulassen. Solange sie sich im rechtsstaatlichen Rahmen bewegen, ist es ganz wichtig, dass wir quasi eben gesittet abwägen, konfrontierende Positionen aufeinanderprallen lassen, um dann klüger zu werden.

Wir können zufrieden sein mit dem Mediensystem, das wir haben in der Schweiz. Wir haben auch eine Länderstudie durchgeführt, eine Ländervergleichsstudie mit Deutschland, mit Österreich. Und da zeigt sich doch, dass die Grundbefunde ähnlich sind, dass auch öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland einen exzellenten Job machen. Die Studien zeigen, dass dort, wo öffentlich-rechtliche Medien in einer Gesellschaft eine große Rolle spielen, die Demokratiequalität generell besser ist. Das politische Wissen der Bürgerinnen und Bürger ist höher, ebenso das politische Interesse. Und auch die Resilienz gegenüber Desinformation ist stärker. Das ist eine ganz wichtige Funktion der öffentlich-rechtlichen Medien, dass sie Fake News und Desinformation entgegentreten.

Roger de Weck: Darf ich hier nachhaken? Wenn denn vergleichende Studien waren, Deutschland, Österreich, Schweiz, was waren die Unterschiede zwischen den drei Ländern und was waren die spezifischen deutschen Befunde?

Mark Eisenegger: Der Grundbefund ist, dass die Ergebnisse doch recht deckungsgleich sind. In der Schweiz und Deutschland erfolgt eine hohe Einordnungsleistung insbesondere beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das ist gut so, dass man nicht einfach quasi an der Oberfläche der Ereignisse verharrt und eine episodische, wie wir das nennen, Berichterstattung macht. Ein starker Akzent liegt auf der Hintergrundberichterstattung. In Österreich ist der Boulevardisierungsgrad höher. Es ist emotionaler, schriller. Es wird oft auch weniger gesittet gestritten als etwa in Deutschland und der Schweiz. Der Fokus liegt auf prominenten Akteuren. Und zivilgesellschaftliche Akteure sind unterrepräsentiert.

Roger de Weck: Also hier eine Übereinstimmung mit Ihren Befunden, Johannes Hillje. Teilen Sie den Eindruck, den uns jetzt auf wissenschaftlicher Grundlage Mark Eisenegger vermittelt, oder sind Sie kritischer?

Johannes Hillje: Der Befund deckt sich mit den Daten aus unserer Studie. Hinzu kommt – das wissen wir aus weiteren Studien –, Migranten, Frauen, junge Menschen in deutschen Talkshows unterrepräsentiert sind. Und es sind auch immer die gleichen Gesichter zu sehen. 2021 war Karl Lauterbach 42 Mal in deutschen Talkshows.

Roger de Weck: Das hat niemand übersehen.

Johannes Hillje: Das Jahr hat 52 Wochen, also, er war in drei Viertel der Wochen in einer Talkshow und es läuft noch nicht einmal jede Woche eine Talkshow. Das habe ich als eine Überpräsenz eines einzelnen Politikers erlebt. Aber das hat auch damit zu tun, dass Talkshow-Redaktionen, so ist zumindest meine Erfahrung aus Gesprächen mit diesen, wenig experimentierfreudig sind. Die wollen bei der Gästeauswahl keine Risiken eingehen. Sie wollen, dass der Gast in ihrer Talkshow-Logik, in ihrem Drehbuch funktioniert. Dass er eine bestimmte Position zugespitzt vortragen und kurze Statements machen kann. Das sind sehr wichtige Auswahlkriterien, die oftmals eher inhaltliche und gesellschaftliche Auswahlkriterien ausstechen.

Die Aussagen von Herrn Eisenegger gerade zur Qualität würde ich in der Tendenz bestätigen. Allerdings teile ich nicht die teilweise pessimistischeren Einordnungen, die es hier gestern gab, insbesondere im Blick auf junge Menschen. Eine neue Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung und von infratest dimap zum Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zeigt, dass die Altersgruppe mit dem höchsten Vertrauen in die Öffentlich-Rechtlichen die der 16- bis 24-Jährigen ist.

Roger de Weck: Das würde sich ja mit den Befunden der Schweizer Daten decken.

Johannes Hilje: Ich glaube, es gibt bei jungen Menschen kein Akzeptanzproblem. Es gibt eher das Problem, diese Zielgruppe zu erreichen. Dazu muss man ihr Medienverhalten, ihren Medienkonsum und die Nutzungsmuster kennen. Aber die Akzeptanz, die Glaubwürdigkeit, das sagen die neuen Daten, ist höher als in anderen Altersgruppen. Das finde ich doch sehr beachtenswert.

Roger de Weck: Aurelie von Blazekovic, Sie sind die junge Generation einerseits und Sie werfen andererseits einen professionellen Blick auf das Angebot der Öffentlich-Rechtlichen. Was ist Ihr Gesamteindruck als Medienredakteurin?

Aurelie von Blazekovic: Allgemein halte ich es für einen Irrglauben, dass junge Menschen ganz andere Ansprüche hätten an das Medienangebot. Dass ihm zum Beispiel journalistische Qualität gar nicht so wichtig wäre, dass man die mit irgendwie ein bisschen lockerer gemachten Dingen abspeisen kann, dass sie sich gar nicht so für Politik oder Wirtschaft interessieren würden. Ich glaube, dass sind so manchmal Bilder, die man im Kopf hat und sie einfach überträgt, die aber nicht stimmen.

Man kann den Öffentlich-Rechtlichen nicht mehr vorwerfen, dass sie junge Leute nicht ansprechen wollen oder dass sie nichts tun. Es gibt beispielsweise funk von ARD und ZDF, die wahnsinnig viel machen. Aber das reicht eben noch nicht, viel zu machen und ganz viele Formate zu starten. Auch die Qualität gut sein.

Junge Leute sind es schon immer gewohnt, dass sie eine gigantische Auswahl haben und dass sie nicht an irgendeinem Programm gebunden sind. Und wenn es beispielsweise eine Nachrichtenlage gibt und man findet bei der ARD nicht, was man sucht, dann schaut man halt bei CNN oder wo auch immer. Und wenn in der ZDF-Mediathek nur eine mittelmäßige Serie ist, dann schaut man halt Netflix. Ich würde sogar sagen, die Qualitätsansprüche sind fast höher in meiner Generation.

Roger de Weck: Woher kommt dieses Klischee, dass man einem jüngeren Publikum nichts Vertiefendes vorlegen dürfe?

Aurelie von Blazekovic: Mir scheint das ein gängiges Klischee. Nur, weil man auf TikTok ist und weil man sich auf YouTube vielleicht auch einmal seichten Content anschaut, heißt das nicht, dass man an Nachrichten nicht interessiert. Grundsätzlich sind junge Leute eine genauso diverse Gruppe wie ältere Menschen.

Roger de Weck: Und Sie persönlich, darf ich fragen, mit Ihrem Blick als Medienredakteurin, was stört Sie am meisten am Angebot der Öffentlich-Rechtlichen in der Bundesrepublik?

Aurelie von Blazekovic: Es wird gerade vieles gestartet, Podcasts, Instagram-Kanäle und junge Talkshows. Und dann sind die irgendwo auf einem YouTube-Kanal oder in den Mediatheken, aber niemand kümmert sich so wirklich, dass die ihr Publikum finden, dass die wirklich gut beworben werden. Wenn man etwas im Fernsehen ausstrahlt, ist es immer noch so, dass es einen festen Sendeplatz hat, der wahrgenommen wird. Und das funktioniert in den Mediatheken noch nicht. Das ist aktuell ein Problem.

Roger de Weck: Mark Eisenegger, haben Sie wissenschaftliche Erkenntnisse über die Schweiz hinaus über das Verhältnis der Öffentlich-Rechtlichen zu der jüngeren Generation? Und was sind auch Ihre persönlichen, subjektiven Eindrücke?

Mark Eisenegger: Ich möchte auf das zurückkommen, was meine Vorrednerin gesagt hat. Das stimmt, dass die jungen Erwachsenen sehr stark vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die Akzeptanzwerte sind sehr hoch, die Nutzung aber nicht.

Roger de Weck: Sie meinen, je weniger man schaut, desto höheres Vertrauen hat man?

Mark Eisenegger: Das ist verrückt, dass Vertrauenswerte und Nutzungswerte eklatant auseinanderklaffen. Da haben wir schon ein Problem. Wir erforschen das auch unter dem Stichwort News-

Deprivation. Dieser Begriff misst die Unterversorgung mit journalistischen Informationen. Wir sprechen nicht so gerne von einer News Avoidance, was das andere Wort ist dafür. Die Avoidance misst nur das intentionale Moment. Das gibt es auch, dass Menschen ganz bewusst sagen, ich will mir das nicht mehr antun und deshalb lese ich keine Zeitung oder…

Roger de Weck: Also beispielsweise Pandemie oder Ukraine-Krieg, ich will das nicht mehr an mich heranlassen?

Mark Eisenegger: Genau! Ich will mir das nicht antun, weil mir das auf die Stimmung schlägt. Zunehmende News-Deprivation hat negative Folgen für die Demokratie. Wir sind mit einem signifikanten Zuwachs konfrontiert.

Roger de Weck: Was genau ist das: News-Deprivation?

Mark Eisenegger: Die News-Deprivation misst die Unterversorgung mit journalistischen Informationen. Informationsmedien erreichen immer weniger Menschen. Junge Erwachsene konsumieren auf ihrem Smartphone nur gerade sieben Minuten News pro Tag. Das ist für eine Demokratie problematisch, denn mit News unterversorgte Menschen interessieren sich weniger für Politik, nehmen weniger am politischen Prozess teil und vertrauen den politischen Institutionen weniger. Diese Entwicklung hat über die Jahre rasant zugenommen.

Roger de Weck: Es gibt auch eine Studie von Reuters, die ist etwa drei Jahre alt, die für Großbritannien eine vergleichbare Entwicklung bestätigt.

Mark Eisenegger: Genau! Das ist nicht ein Phänomen, was wir nur in der Schweiz haben. Diese News-Avoidance ist ein Problem, das wir international haben, auch in Deutschland, in Großbritannien, in den USA.

Roger de Weck: Gibt es Studien zu Deutschland?

Mark Eisenegger: Die Reuters-Studie hat auch die Zahlen für Deutschland. Die Entwicklung ist vergleichbar. Wir haben das Problem, dass wir die jungen Menschen nicht mehr gleich gut erreichen mit Journalismus. Wir müssen uns überlegen, wie wir das wieder hinbekommen. Wir haben letztes Jahr eine Studie durchgeführt und systematisch erfasst, was junge Erwachsene auf ihren Mobilgeräten nutzen, nicht nur journalistische Informationen.

Roger de Weck: Wie erfasst man das?

Mark Eisenegger: Indem man den Nutzungsverkehr systematisch quasi absaugt, natürlich im Einverständnis mit den Nutzerinnen und Nutzern, die das dann zulassen müssen. Das waren 400 junge Menschen, deren ganze Handy-Informationsbewegung wir auswerten konnten. Und der Grundbefund war, dass durchschnittlich sieben Minuten für journalistische News pro Tag aufgewendet werden. Jetzt können wir uns überlegen, ist das viel oder wenig? In sieben Minuten haben Sie Mühe, einen Longread in der Süddeutschen Zeitung oder in der Frankfurter Allgemeinen zu lesen.

Roger de Weck: Außer, er ist von Aurelie von Blazekovic.

Aurelie von Blazekovic: Genau!

Mark Eisenegger: In sieben Minuten können Sie auch nicht die Tagesschau sehen. Sie können auch kluge Radiobeiträge nicht in sieben Minuten konsumieren. Wir müssen uns Gedanken machen, was wir verbessern können, um nicht nur, aber insbesondere auch junge Menschen besser erreichen zu können. Ich habe eine These, für die ich aber keine empirischen Befunde habe. Mir scheint, dass die Ursache im Nutzungsverhalten sozialer Medien begründet ist. Und die junge Generation wird sozialisiert über soziale Medien. Und das Nutzungsverhalten ist davon geprägt, dass man von Beitrag zu Beitrag springt, man liest die Headline und vielleicht noch die ersten drei Zeilen. Aber sie werden entwöhnt, das ist meine These, Longreads zu lesen. Wir müssen mit jungen Erwachsenen insbesondere an der Medienkompetenz arbeiten. In den Bildungsstätten, in Schulen, auch an den Universitäten diese Longreads gemeinsam konsumieren und diskutieren.

Johannes Hillje: Die Daten für Deutschland hat das Hans-Bredow-Institut ermittelt. Demnach vermeiden zwei Drittel der Deutschen gelegentlich den Nachrichtenkonsum. Die Gründe, die die Menschen anführen, lauten: Die Nachrichten bringen zu viel Politik und zu viel Krise. Und sie schlagen aufs Gemüt. Was bedeutet das für den Journalismus? Die Alternative kann ja nicht sein, nicht zu berichten. Und dass Krisen nun einmal

keine gute Laune machen, liegt auch in der Natur der Sache. Der Journalismus kann sich auch nicht einfach die Regel geben, dass zum Beispiel in der Tagesschau von zehn Meldungen die Hälfte positiv sein muss, damit es den Menschen danach immer noch gut, vielleicht sogar besser geht.

Was folgt daraus? Medien müssen über Krisen und Krisenphänomene berichten. Aber es geht um das Wie. Darauf hat gestern auch Peter Frey schon hingewiesen, als er über die Bedeutung von Erklärungsstücken sprach. Das möchte ich nachdrücklich unterstreichen. Der französische Philosoph und Komplexitätstheoretiker Edgar Morin hat den Begriff der Polykrise geprägt. Polykrise bedeutet, unterschiedliche Krisen verstärken sich gegenseitig, erzeugen dann eine noch größere, stärkere krisenhafte Situation. Das Interessante an der Analyse ist, dass Krisen auch auf der Ebene der Ursachen zusammenhängen. Wir haben nicht einfach nur mehrere Krisen, die parallel laufen, sondern sie haben auch teilweise Zusammenhänge auf der Ebene der Ursachen. Das kann man, glaube ich, bei den Themen Krieg in der Ukraine, geopolitische Abhängigkeit, Inflation, Klimakrise ganz gut zeigen. Da ist ein gemeinsamer Faktor die Abhängigkeit von fossilen Energieressourcen bei all diesen Krisenthemen. Und wenn man solche Zusammenhänge auf der Ebene der Ursachen darstellt, dann kommt man auch auf der Ebene der Lösungen zu Zusammenhängen. Und dann sieht das nicht so aus, dass sich Krisen einfach auftürmen, nebeneinander ablaufen und nichts miteinander zu tun haben. Sondern vielleicht liegen manchmal auch in den Lösungen von Krisen Lösungen für mehrere Krisen. Das ist aber alles erklärungsbedürftig und braucht Zeit.

Ich würde noch einen weiteren Aspekt ergänzen. Dabei konzentriere ich mich jetzt auf all jene, die kein Vertrauen haben in die Berichterstattung der Öffentlich-Rechtlichen. Im Blick auf Deutschland zeigen die empirischen Daten, dass es sich dabei vor allem um Menschen handelt, die mit der Demokratie unzufrieden sind, geringer gebildet sind und ein niedrigeres Einkommen haben. Dieses mangelnde Vertrauen in die Öffentlich-Rechtlichen gilt auch im Blick auf andere demokratische Institutionen. Und wir müssen dann nicht nur über Qualität von Medien, sondern auch über die Qualität von Demokratie sprechen.

Roger de Weck: Da bin ich ganz bei Ihnen. Ich komme vielleicht sogar, weil ich mich mit dem Thema intensiv befasse, später noch einmal darauf zurück. Aber zunächst einmal, bleiben wir doch bei den Unzufriedenen, bei den Newsdeprivierten, bei den Nachrichtenvermeidern. Wie geht die Süddeutsche Zeitung damit um?

Aurelie von Blazekovic: Die Süddeutsche Zeitung hat nicht den Anspruch, das ganze Land zu repräsentieren oder ansprechen, wenngleich das rein wirtschaftlich betrachtet sehr gut wäre. Was Ihre Ausführungen zu den langen und kurzen Formaten betrifft, so werden junge Leute durch Social Media – TikTok zum Beispiel – zum Swipen angeregt. Dennoch denke ich, dass man auch junge Menschen für längere Formate begeistern kann. Sie sind da allerdings strenger. Sie kennen vielleicht dieses Phänomen, wenn man ein Buch anfängt und es ist mittelmäßig, dann fühlt man sich aber irgendwie verpflichtet, weiter zu lesen. Manche Menschen lesen dann selbst ein schlechtes Buch zu Ende. Wer intensiv Social Media nutzt, gewöhnt sich das ab, ist nicht mehr bereit, auch Mittelmäßiges zu Ende zu lesen. Andererseits deutet für mich die intensive Nutzung des Internets darauf hin, dass Menschen zwei, drei Stunden im Netz verbringen, dass da zeitintensive Recherchen stattfinden. Mein vorläufiges Fazit wäre, dass sich die Nutzerinnen und Nutzer entscheiden: entweder ganz kurze oder ganz lange Stücke. Aber mittelmäßig darf es eben nicht sein.

Roger de Weck: Mark Eisenegger?

Mark Eisenegger: Ich teile nicht ganz Ihre Auffassung im Blick auf Social Media, deren Grundlogik ja darin besteht, häufig auf Emotion setzen und Nutzer:innenreaktionen zu provozieren. Das wird in ökonomisch verwertbare Daten umgemünzt. Natürlich gibt es auch exzellente und wualitatv hochstehende Longreads in sozialen Medien. Aber die Qualität ist insgesamt einfach volatil. Und es gibt mehr Schund, entschuldigen Sie, wenn ich das so sage, in sozialen Medien als qualitative Stücke. Und die ganze Grundlogik, wie gesagt, ist nun einmal darauf angelegt, kurze Stücke zu präsentieren, um rasch impulsive Reaktionen zu animieren.

Umso wichtiger ist es, dass die öffentlich-rechtlichen Medien und generell Medien mit Qualitätsanspruch dort sind, wo ihre Nutzer:innen unterwegs sind. Junge Menschen sind stark auf sozialen Medien, also müssen sie da auch präsent sein. Aber das Ziel muss sein, die Menschen zurückzu-

leiten auf ihre Plattformen, wo eben die langen Texte, die Erklärstücke, abrufbar sind. Von daher teile ich die Vision von Kai Gniffke, die er gestern skizziert hat im Blick auf eine große digitale Medienplattform für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das scheint mir hier eine richtige, auch kühne Strategie zu sein. Ich bin sehr gespannt, ob das wirklich gelingt. Aber der Weg muss sein, den amerikanischen Plattformen etwas entgegenzusetzen und eine europäische zu entwickeln.

Roger de Weck: Ist das ein bisschen Wunschdenken, Mark Eisenegger, dass es gelingen könnte, so Menschen von TikTok auf die Süddeutsche Zeitung umzuleiten?

Mark Eisenegger: Ein bisschen Wunschdenken ist es schon, aber das Vorhaben kann gelingen.

Aurelie von Blazekovic: Auch ich glaube, dass das gelingen kann. Die SZ produziert beispielsweise auch Podcasts. Und sie erreicht, das zeigen die Daten, eine sehr junge Zielgruppe. Man muss eben nur den Weg finden, junge Leute dort zu erreichen, wo sie sind. Und die suchen eben weniger nach Journalismus, sondern einfach nach Inhalten.

Roger de Weck: Meine Generation ist sehr stark orientiert, fixiert auf den Journalismus. Nun ist es aber so, dass über Fiktion, über Serien, über andere Content/Inhalt so manches auch vermittelt werden kann, was politisch, gesellschaftspolitisch, was demokratierelevant ist. Ist das eine Strategie oder ist das nur eine Ausflucht, dass man über Serien und so weiter mindestens so viel zur politischen Bildung einer jüngeren Generation beiträgt wie über herkömmlichen Journalismus? Johannes Hillje?

Johannes Hillje: Ich glaube, das ist so. Möglicherweise werden manche Menschen, Jüngere, sogar stärker geprägt und sozialisiert durch Filme und fiktionale Inhalte, als durch informative Inhalte. Der Prägungsgrad von solchen Formaten darf man nicht unterschätzen. Und ich finde da auch den europäischen Gedanken wert, etwas weiter zu denken. Ich teile vollkommen das, was Herr Eisenegger sagt. Diese Plattform, die ARD und ZDF vorschwebt, die sollte unbedingt europäisch gedacht werden. Wenn man den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als ein Demokratieprojekt sieht, dann muss man auch anerkennen, dass die Demokratie heute europäisch ist. Ein Großteil unserer Gesetze kommt von der europäischen Ebene beziehungsweise hat da seinen Ansatzpunkt. Das heißt, wir brauchen diese europäische Öffentlichkeit für unsere europäische Demokratie. Vielleicht hat das am Ende dann auch etwas mit Demokratiezufriedenheit zu tun. Aber in jedem Fall kommen wir, wenn wir öffentlich-rechtlichen Rundfunk als demokratischen Wert sehen, nicht um die europäische Ebene herum.

Und im fiktionalen Bereich sehe ich das genauso. Es gibt ja heute schon sehr viele europäische Coproduktionen. Es laufen, das wurde gestern schon mehrmals gesagt, reihenweise skandinavische Krimis im deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehen und erfreuen sich hoher Beliebtheit. Aber was mich manchmal etwas stört an diesen Geschichten, dass sie etwas über Schweden erzählen – mit tollen Landschaftsbildern, das kann man beinahe auch ohne Ton anschauen. Aber europäisches Leben findet ja auch zusammen statt. Ich denke an das Erasmus-Förderprogramm von Auslandsaufenthalten an europäischen Universitäten. Wir haben in Grenzregionen sehr viel europäisches Zusammenleben, in Unternehmen. Wir könnten über Brüssel ein House of Cards machen…

Roger de Weck: So, wie Robert Menasse seine Romane in Brüssel ansiedelt?

Johannes Hillje: Ja, klar! Wir müssen, glaube ich, Europa erzählen und nicht nur über Teile, über europäische Mitgliedsstaaten, sondern über das europäische Zusammenleben, was in der Realität heute sehr stark existiert.

Aurelie von Blazekovic: Da gehe ich nicht ganz mit. Fiktion darf auf gar keinen Fall pädagogisch sein. Ich finde den Ansatz falsch, das Publikum bilden zu wollen durch eine Serie zum Beispiel. Es stimmt natürlich, dass junge Menschen viel auch durch fiktionale Inhalte, Serien, Filme aufnehmen. Der Bildungseffekt ist immer da. Aber ich finde, die Reihenfolge muss anders herum sein: Man erzählt etwas, was erzählenswert ist und gut ist. Und dann spielt das eben in Brüssel und man erfährt so etwas Neues. Ich bin mir sicher, dass die Macher von House of Cards sich nicht gedacht haben, wir wollen dem Publikum etwas über die politischen Zusammenhänge in Washington erklären.

Roger de Weck: Ist House of Cards mehr Demokratieabschreckung als Demokratieerziehung?

Aurelie von Blazekovic: Ja, das auch. Die Stärke der Öffentlich-Rechtlichen sehe ich bei der Aufbereitung und von Informationen und ihrer Vermittlung. Netflix und Amazon werden das nie leisten können. Die müssten viele Millionen investieren, um Journalismus wie ARD und ZDF zu produzieren. Aber in der Fiktion sehe ich eine wirklich gigantische Kluft, von der ich sehr gespannt bin, wie die Öffentlich-Rechtlichen sich da annähern könnten. Nehmen wir beispielsweise den Tatort. Manchmal geht es sehr darum, etwa ein soziales Problem aufzugreifen, es in einem Krimi zu verpacken und am besten danach noch eine Talkshow zu produzieren, in der das soziale Problem noch einmal angesprochen wird. Das, glaube ich, ist keine Strategie, mit der man exzellente Fiktion herstellt.

Roger de Weck: Haben Sie, Frau von Blazekovic, eine Erklärung für das deutsche Krimi-Fieber? Ich würde sagen, es gibt kein Fernsehen auf der ganzen Welt, das so viele Krimis bringt wie in der Bundesrepublik.

Aurelie von Blazekovic: Ich erkläre es mir so, dass die beschriebenen Konstellationen sich so oder so ähnlich in verschiedenen Städten darstellen lassen – und dass dies einen gewissen Reiz ausmacht. Ein Konzept, das immer wieder funktioniert. Ich würde mir allerdings wünschen, dass man manchmal das Publikum ernster nimmt. Und dass man nicht immer nur darauf schaut, was funktioniert, und es dann tausendmal macht, sondern dass man einfach ab und zu einmal etwas ganz anderes probiert. Und wenn man einmal etwas Neues entwirft, nicht wieder davon ausgeht, dass die Deutschen sowieso nur Krimis sehen wollen, sondern vielleicht einmal ein deutsches House of Cards produziert.

Roger de Weck: Frau von Blazekovic, wird zu wenig in den öffentlich-rechtlichen Medien über sich selbst nachgedacht?

Aurelie von Blazekovic: Das wird schon gemacht, aber es braucht ein noch umfassenderes Nachdenken.

Roger de Weck: Johannes Hillje?

Johannes Hillje: Noch zu wenig, aber es wird mehr. Es gibt Medienmagazine, beim Deutschlandfunk zum Beispiel jeden Tag. Es gibt Medienmagazine in anderen Radioprogrammen, WDR 5, Bayrischer Rundfunk, ZAPP im NDR. Aber es kann wahrscheinlich trotzdem noch verbessert werden. Meine positive Erkenntnis beim RBB-Skandal war, dass da doch relativ gut auch intern kritisch aufgearbeitet wurde, was im eigenen Haus passierte. Ich fand das positiv, dass man gemerkt hat, wir müssen hier Selbstreflexion an den Tag legen. Die Recherchen, die da intern gemacht wurden, waren gut.

Roger de Weck: Mark Eisenegger?

Mark Eisenegger: Man könnte und müsste mehr machen. Dass der SRF seinen Medienclub abgeschafft hat, weil die Quote zu gering war, ist kein gutes Signal gewesen. Denn hier darf die Quote nicht den Ausschlag geben.

Roger de Weck: Zum Abschluss möchte ich alle drei fragen, ist Journalismus auch dazu da, uns zu begleiten, zu trösten, manchmal zu besänftigen? Mark Eisenegger?

Mark Eisenegger: Eindeutig! Wir sehen schon eine Grundtendenz, dass das Negative, der Einfall der Unordnung in die sozialen Ordnungen, häufig das ist, was am meisten beunruhigt. Journalismus kann die schwierigen Verhältnisse in der Welt noch besser erklären und auch Lösungen aufzeigen. Aber er macht grundlegend einen guten Job, das will ich hier unbedingt festhalten. Krisen haben auch positive Folgen. Gerade bei Krisen können wir die News Avoidance nicht zeigen. Im Gegenteil: Ob Pandemie oder Ukraine-Krieg, die Nachfrage nach Berichterstattung ist gestiegen.

Roger de Weck: Auch bei der Radionutzung?

Mark Eisenegger: Auch da.

Roger de Weck: Johannes Hillje?

Johannes Hillje: Zuversicht nicht dadurch, dass die Dinge schöngefärbt werden, denn wir leben in einer sehr krisenhaften Zeit. Aber durch Wissensvermittlung. Weil Wissen dazu befähigt, Perspektiven zu entdecken. Und diese Perspektiven können auch im Journalismus stärker aufgezeigt werden. Wenn man sich die Daten zur Corona-Berichterstattung anschaut, dann lässt sich zeigen, dass sich die Menschen den Öffentlich-Rechtlichen zugewandt haben. Sie haben, so die Studien, Informationsangebot als gut empfunden.

Aurelie von Blazekovic: Journalismus kann trösten. Was ich jedoch nicht glaube: dass dieses

Konzept des konstruktiven Journalismus, das auf positive, konstruktive Nachrichten setzt, aufgeht. Es gibt Nachrichtensendungen, die haben als Idee, dass ihre letzte Nachricht immer eine positive sein soll. Das überzeugt mich nicht. Es gibt Tage im Nachrichtengeschehen, wo es nichts Positives gibt und das muss auch nicht erzwungen werden. Und man soll eben nichts schönfärben. Aber auf der anderen Seite kann Journalismus eben, weil er Fakten herstellt und vermittelt, ganz oft auch Ängste nehmen und das ist seine Aufgabe.

Roger de Weck: Ganz herzlichen Dank. Mein persönliches Bild, ein Medium ist wie ein Gespräch. Und ich setze mich mit dem Medium auseinander, wie ich mich mit einer Gesprächspartnerin, einem Gesprächspartner auseinandersetze. Es gibt intensive Phasen, humorvolle, es darf ruhig zwischendurch auch langweilige Phasen geben, Schwarzbrot. Aber jedenfalls brauche ich ein Verhältnis zu diesem Medium. Und wenn mir ein Medium nur gefallen will, dann wende ich mich von diesem Medium ab – so, wie ich mich abwende von einem Gesprächspartner, der immer nur mit mir einverstanden sein will. Das ist aus meiner Sicht die größte tröstende Wirkung. Heute Morgen brauchten wir keinen Trost, sondern wir haben unendlich viel gelernt. Ich bitte um großen Applaus für die Podiumsgäste! D

Demokratie und Medien

Heike Raab, Staatssekretärin in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz

Am Ende dieser Tagung habe ich eine ganz schwierige Aufgabe. Sie haben schon zwei Tage hinter sich und haben so viele Informationen und Eindrücke über Medien aufgenommen. Sie haben so vielen Experten zugehört. Und jetzt soll ich noch einen neuen Beitrag draufsetzen.

Gleichzeitig ist es eine sehr dankbare Aufgabe, weil ich auf meine Vorrednerinnen und Vorredner zurückgreifen kann. Das heißt, ich muss nicht so weit ausholen und kann Sie direkt mitnehmen in den Maschinenraum einer Rundfunkkommission der Länder.

Sie haben gestern Ministerpräsident Reiner Haseloff gehört. Das ist die Ebene, die unsere Arbeitsprodukte am Ende beschließt. Damit das gut gelingt, versuchen im Vorfeld die Prozesse zu steuern und zu organisieren.

Die Rundfunkkommission der Länder ist eine Fachministerkonferenz. Im demokratischen und föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ist gerade die Medienpolitik föderal organisiert. Damit es nie wieder zu einer zentralen propagandistischen Steuerung des Staatsfernsehens oder des Hörfunks, des Radios, kommt, wie es sie in Nazideutschland gab.

Deshalb haben wir vielleicht eines der kompliziertesten Mediensysteme – aber auch eines der stabilsten. Staatsfern organisiert, ist die Rundfunkfreiheit im Artikel 5 des Grundgesetzes festgeschrieben. In der Rundfunkkommission versuchen wir, im legislativen Bereich mit Expertinnen und Experten alles auf den Weg zu bringen.

In Anknüpfung an Ministerpräsident Haseloff will ich sagen, dass ich einer weiteren Kommission vorsitze: der SPD-Medienkommission. Diese leite ich seit inzwischen sieben Jahren gemeinsam mit meinem Co-Vorsitzenden, dem Hamburger Kultur- und Mediensenator Carsten Brosda. Diese Kommission wurde Mitte der 1970er Jahre von Peter Glotz eingerichtet und später lange von Kurt Beck geleitet.

In all diesen Gremien geht es um eines: um die Beziehung von Demokratie und Medien. Wie können wir diese stabilisieren? Welche Weichen müssen wir stellen, um sie zu schützen? Dabei nehmen wir immer das duale System in den Blick. Nicht nur den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch die Privaten. Der Printbereich, die privaten Radios, die privaten Fernsehveranstalter. Die Medienordnung, die Rundfunkordnung ist immer eine fürs duale System.

Heute legen wir den Fokus auf den Rundfunk. Ich teile, was vorhin in dem Panel gesagt worden ist: Dort, wo keine vertrauenswürdigen Qualitätsmedien mehr die Menschen erreichen, dort schwindet die Demokratie.

Der Stresstest hat unterschiedliche Facetten. Im einen Fall ist es der Einsatz künstlicher Intelligenz im Newsroom: Chat GPT. Im anderen Fall werfen wir einen Blick auf die Zeitungen. Dort ist der Kostendruck immens. Papier, Druckplatten, Zustellgebühren, Zustellkosten sind gestiegen.

Wir haben den Befund, dass im Rhein-Main-Gebiet eine der führenden regionalen Tageszeitungen Zustellbezirke schließt. Auch in Thüringen. Das heißt, dass manche Menschen dort morgens kein Printangebot mehr erreicht. Sie können ihre Zeitung nur noch rein digital lesen. Das ist ein Verlust, denn die Digitalisierung ist noch gar nicht so weit fortgeschritten. Jedenfalls haben viele Menschen ihre Gewohnheiten nicht immer daran angepasst.

Was die Menschen morgens noch erreicht, das ist das Radio. Die Angebote, die über den privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunk verbreitet werden. Außerdem finden viele Informationen über soziale Medien, Podcast und Videos ihren Weg zu den Menschen. Vieles davon ist gar nicht mehr journalistisch reflektiert. Es entstehen immer mehr Blasen und Echokammern, in die nur schwer einzudringen ist – mit negativen Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir müssen uns deshalb dafür einsetzen, dass Qualitätsmedien, dass journalistische Information die Menschen auch in Zukunft erreicht. Damit diese Erosion der Demokratie nicht stattfinden kann. Deshalb müssen wir uns um die Zeitungslandschaften und um den privaten Rundfunk

kümmern, aber auch um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Watchdog-Journalismus ist ein grundlegendes Element der Demokratie. Das wird von immer mehr Menschen in Zweifel gezogen. Wir erleben, dass Journalistinnen und Journalisten zunehmend unter Druck geraten. Bei sogenannten Montagsdemonstrationen laufen ARD- und ZDF-Teams mittlerweile oft nur noch mit Personenschutz mit, um darüber berichten zu können. Es bedroht die Demokratie, wenn Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten angewandt wird. Das gilt auch für Hass und Hetze. Es sind Journalistinnen, Moderatorinnen wie Dunja Halali, die ich exemplarisch nenne, die diesen Anfeindungen extrem ausgesetzt sind.

Als ein weiteres Phänomen existiert die Gefahr wirtschaftlicher und politischer Einflussnahme. Wir wissen, dass eine der großen, privaten Sendergruppen, die hier in Bayern angesiedelt ist, einen großen Anteilseigner hat, der auch ein italienisches Medienunternehmen besitzt und von Silvio Berlusconi gegründet wurde. Wir wissen zudem, dass der ehemalige tschechische Premierminister Andrej Babiš Anteilseigner an deutschen Zeitungsverlagen ist.

All das bringen wir seitens der Rundfunkkommission auch auf der europäischen Ebene ein. Dort wird gerade über das europäische Medienfreiheitsgesetz diskutiert, den European Media Freedom Act. Die Medienfreiheit soll so per Verordnung geregelt werden. Ob das der richtige Weg ist, weiß ich nicht. Deshalb setzen wir uns als deutsche Länder dafür ein, dass die staatsferne Medienregulierung Platz greift, dass Selbstregulierung umgesetzt wird, und dass wir uns in Europa so verständigen, dass staatliche und wirtschaftliche Einflussnahme eingedämmt wird und Journalistinnen und Journalisten frei ihrer Tätigkeit nachgehen können.

Wir brauchen auch auf der europäischen Ebene klare Guidelines. Was wir nicht wollen ist, dass Algorithmen die Informationspolitik allein den Gesetzen des Marktes überlassen. Deshalb ist auch Plattformregulierung ein großes Thema. Das, lieber Udo Hahn, stand schon 2018 im Mittelpunkt, als ich auf der Tagung des Politischen Clubs über die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste sprechen durfte.

Nun geht es um das nächste europäische Medienregulierungswerk, das ich heute nur anreißen möchte. Wir in der Rundfunkkommission der Länder wollen ganz klar eines: dieses Mediensystem stabilisieren.

In meinem Vortrag will ich mich besonders dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk widmen. Dieser befindet sich definitiv in einer Vertrauenskrise. Er ist durch die Vorfälle, die beim RBB letztes Jahr zutage gefördert wurden und scheibchenweise ans Licht gekommen sind, absolut unter Druck geraten. Dies gilt auch für die Politik. Wir haben sehr intensiv hingesehen, wir haben die Intendantinnen und Intendanten gebeten, diese Vorfälle lückenlos aufzuklären, und auch in anderen Anstalten zu schauen, was ist. Wir können feststellen, dass es sich nicht um ein systematisches Versagen hält, sondern wir haben eine Situation, in der in einmaliger Art und Weise die Gremienkontrolle versagt hat. Gleichzeitig hat ein Gebaren der Geschäftsleitung dazu geführt, dass großer Unmut entstanden ist, der den RBB, aber vor allen Dingen auch die ARD heftig durchrüttelt.

In dieser Vertrauenskrise ist zugleich die konstruktive Haltung entstanden, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf solide Füße stellen und ihn zukunftsfest machen zu wollen. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Es gibt noch weitere Themen von großer Dringlichkeit: das veränderte Mediennutzungsverhalten, die veränderten Angebote, dass Content heute anders distribuiert und konsumiert wird als früher, dass wir weg müssen von dieser fernsehzentrierten Sichtweise. Davon war schon in der Tagung die Rede.

All das bewegt uns schon lange. Wir haben bereits 2016 bei den letzten Beitragsempfehlungen über das Thema einer Plattform gesprochen. Damals haben uns die Intendantinnen und Intendanten gesagt, sie seien noch nicht so weit. Wir wollen jetzt als ersten Schritt eine gemeinsame Plattformstrategie entwickeln. Wir wollen den Weg gemeinsam gehen, aber wir brauchen auch eine Sichtbarkeit unserer Marken. All diese Punkte sind heute Morgen angesprochen worden. Deshalb haben wir damals noch von dem Weg der gemeinsamen Plattformstrategie gesprochen.

Weil all das ist einem großen Wandel unterworfen und Zeit in Verzug ist, müssen wir jetzt schneller an einigen Stellschrauben drehen. In

Hochgeschwindigkeit sind wir gegenwärtig dabei, zwei Staatsverträge, vielleicht den dritten auch noch, weiterzuentwickeln. Dabei geht es um die Stärkung der Gremienkontrolle, die wir auf den Weg bringen und vereinheitlichen wollen. Es soll einen einheitlich hohen Standard geben.

Und es geht um die Chance der Digitalisierung, die nach dem geltenden Recht eingeschränkt ist. Deshalb brauchen wir den Änderungsstaatsvertrag. Dieser ermöglicht eine Flexibilisierung der Programmgestaltung. Wir gehen weg von der Fernsehzentriertheit. Wir gehen weg davon, dass wir festschreiben, es soll so und so viele lineare Programme im Fernsehen geben. Wir legen vielmehr ausschließlich fest, dass die ARD und ihre dritten Programme, dass das ZDF, 3-Sat und Arte neben den digitalen Angeboten für die Menschen linear zur Verfügung stehen müssen.

Kai Gniffke hat gesagt, die ARD macht sich bereit, ihr Angebot zu flexibilisieren. Das heißt, die Angebote verschwinden nicht, Sie werden sie auf den verschiedenen digitalen Plattformen im On-demand-Bereich finden, in den Podcasts oder wo auch immer.

Als wir das Online-Content-Netzwerk Funk von ARD und ZDF geschaffen haben, das sich insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene wenden soll, war die Absicht, den Öffentlich-Rechtlichen etwas Neues zu ermöglichen. Aber dafür muss ein alter Zopf abgeschnitten werden. Und als Funk als Only-online-Produkt eröffnet worden ist, hat man gesagt, es müssen zwei lineare Kanäle abgeschafft werden. Einer beim ZDF und einer bei der ARD. Beim ZDF war es ZDF-Kultur. Ich nehme das heraus, weil er in eine Kulturplattform transferiert wurde. Das sind Wege, Nutzung und Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Wir haben den Programmauftrag geschärft, um auch die Jüngeren zu erreichen. Wir haben den öffentlich-rechtlichen Anstalten quasi ins Stammbuch geschrieben, sich mehr um die Jugend zu kümmern. Nicht nur bei Funk, sondern auch in allen anderen Angeboten. Doch das ist nichts, bei dem wir einfach normativ eine Veränderung hervorheben, sondern davor findet ein breit angelegter Dialog mit den Anstalten, den Gremien, aber auch mit dem Publikum statt.

Wir führen Online-Anhörungen durch. Das sind keine repräsentativen Umfragen, aber wir nehmen die angesprochenen Themen wahr: von gendergerechter Sprache, zu viel/zu wenig Krimis, und so weiter. Ein Stimmungsbild, aus dem Kai Kniffke mit den Intendantinnen und Intendanten Rückschlüsse für die Programmentwicklung ziehen kann. Dieser Publikumsdialog ist jetzt gesetzgeberisch verpflichtend vorgegeben. Wir wünschen uns, dass die Anstalten das nicht nur einmalig im ARD-Zukunftsdialog machen. Ich höre, dass das ZDF einen Qualitätskompass einrichtet und interaktiv wird. Bisher hatte das Publikum nur die Möglichkeit, eine Programmbeschwerde einzureichen, mit der sich dann Ausschüsse beschäftigen.

Wir arbeiten schon am vierten Medienänderungsstaatsvertrag. Dieser wurde letzte Woche, das hat Ministerpräsident Haseloff gerade gesagt, von den 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten abgestimmt. Er ist eine klare Reaktion auf die Vertrauenskrise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, auf das, was beim RBB passiert ist. Wir haben festgestellt, dass es sehr wohl Transparenz- und Compliance-Regelungen gab, dass diese jedoch in den ARD-Anstalten und beim ZDF und Deutschlandradio völlig unterschiedlich waren.

Das wird künftig nicht mehr der Fall sein. Wer öffentlich-rechtliche Gelder erhält und ausgeben darf, muss in einem viel höheren Maße Transparenz-Regelungen beherzigen. Er muss erklären: Wofür gibt es was? Was kostet ein Tatort? Wofür wird das Geld ausgegeben?

Wenn Sie sehen, was Sie alles dafür bekommen, dann – gestatten Sie mir diesen persönlichen Zwischenruf – ist das eigentlich doch ganz günstig: eine Grundversorgung der Menschen mit verlässlichen Informationen im Sinne der Demokratie.

Dennoch brauchen wir Veränderungen. Wir haben Befangenheitsregelungen eingeführt. Sie können fragen, warum es diese vorher nicht gab. Weil wir vorher keinen Anlass dafür gesehen haben. Wir wollen Gremien besser befähigen, ihre Arbeit wahrzunehmen. Wir wollen verpflichtende Fortbildungen. Niemand wird als Gremienmitglied geboren. Wer heute ehrenamtlich dem Aufsichtsgremium einer örtlichen Sparkasse, einer Kreissparkasse angehört, der ist zu einer Fortbildung etwa bei der Bafin verpflichtet. Es ist entscheidend, dass wir Menschen ertüchtigen, diese Aufgaben gut wahrzunehmen.

Wir wollen die digitale Transformation gestalten, die Qualität stärken und die Auffindbarkeit der öffentlich-rechtlichen Inhalte erleichtern. Die Mediatheken und Audiotheken – mit dem Begriff »Sendung verpasst«, mit dem Einteilen in Rubriken – das ist noch ein bisschen old fashioned. Wenn Sie heute auf andere Plattformen schauen, wird Ihnen intuitiv etwas vorgeschlagen. Es ist viel leichter, Ihre Lieblingsinhalte zu finden. Genauso leicht müssen die Menschen auf den öffentlich-rechtlichen Plattformen an ihre Lieblingsinhalte kommen.

Ein sensibler Punkt ist das Thema Markenbindung. Deshalb verstehe ich, dass ARD und ZDF Sorgen haben. Wie wird das mit einer gemeinsamen Plattform? Wissen die Menschen dann noch, was ARD und ZDF ist? Beim Traumschiff und beim Tatort geht das ganz leicht. Aber bei anderen Formaten, bei Dokumentationen? Ich bin trotzdem überzeugt, dass wir Lösungen finden.

Weil wir jedoch noch nicht für alles Lösungen haben – digitale Transformation gestalten, Qualität stärken, Strukturen und Zusammenarbeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks optimieren, Beitragsstabilität sichern, Good Governance stärken –, wollen wir in der Rundfunkkommission nicht im eigenen Saft schmoren, sondern wir ziehen Expertinnen und Experten hinzu. Das tun wir regelmäßig mit der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF). Dort sitzen 16 Frauen und Männer aus den unterschiedlichen Disziplinen, Technik-Professorinnen, Professoren. Die kennen sich mit DAB + , Digitalhörfunk und so weiter aus. Wir haben dort Steuerfachleute, Wirtschaftsprüferinnen, Rechnungshofpräsidentinnen und -präsidenten. Dort geht es um die Bedarfsanmeldung. Das Verfahren läuft auch gerade.

Wir wollen den Blick in die Zukunft richten. Deshalb haben wir einen Rat für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeladen, mit uns zusammenzuarbeiten, uns Empfehlungen zu geben. Dieser Rat wird uns hoffentlich bereichern. Ein Mitglied ist übrigens Roger de Weck. Von dessen Expertise konnten Sie sich gerade zwei Tage lang überzeugen. Sieben weitere Expertinnen und Experten beraten uns. Ihre Empfehlungen wollen wir ausdrücklich in unsere Arbeit aufnehmen.

All diese Prozesse wollen wir beschleunigt angehen, sodass im Spätherbst dieses Jahres alle Reformvorschläge auf dem Tisch liegen, damit wir sie auch mit guten Weichenstellungen für uns alle umsetzen können. Es ist entscheidend, dass wir diesen Wind of Change ernst nehmen, denn die Beziehung von Demokratie und Medien hat es verdient, dass wir uns so stark für sie einsetzen. D

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Aurelie von Blazekovic, Autorin im Kultur und Medienressort / Podcast-Produzentin (Süddeutsche Zeitung / Audible), München

Prof. Dr. Mark Eisenegger, Professor of Public Sphere and Society am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich, Herausgeber des »Jahrbuchs Qualität der Medien«

Dr. Peter Frey, Journalist, ehem. Chefredakteur des ZDF, Berlin

Johannes Hillje, Politikberater, Mitautor von »Die Talkshow-Gesellschaft«, Berlin

Prof. Dr. Kai Gniffke, Intendant des Südwestrundfunks, Vorsitzender der ARD, Stuttgart

Pfr. Udo Hahn, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing

Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Dr. Dr. h. c. Volker Jung, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Vorsitzender des Aufsichtsrates des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik, Darmstadt

Prof. Dr. Richard David Precht, Philosoph, Publizist und Autor, Honorarprofessor für Philosophie an der Leuphana Universität Lüneburg sowie Honorarprofessor für Philosophie und Ästhetik an der Hochschule für Musik Hanns Eisler in Berlin

Heike Raab, Staatssekretärin in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa und Medien, Koordinatorin der Rundfunkkommission der Länder, Mainz

Dr. h.c. mult. Roger de Weck, Leiter des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing

Jahrgang 2022

48/22 – **75 Jahre Lutherischer Weltbund (LWB) und Deutsches Nationalkomitee des LWB (DNK/LWB)** Festakt am 7. Oktober 2022 auf der Wartburg in Eisenach – 32 Seiten / 4,30 €

49/22 – **Synodentagung 2022 (1)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 68 Seiten / 5,60 €

50/22 – **Synodentagung 2022 (2)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 40 Seiten / 4,30 €

51/22 – **Digitale Communities – Eine Pilotstudie zur Followerschaft von christlichen Influencer*innen auf Instagram** midi (Evangelische Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung) / Evangelisches Werk Diakonie und Entwicklung e.V. – 52 Seiten / 5,30 €

Jahrgang 2023

1-2/23 – **Rüstungsexportbericht 2022 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)** 96 Seiten / 7,50 €

3/23 – **Zweite friedensethische Tagung zum Ukraine-Krieg: Im Dialog mit aktuellen Stimmen aus Osteuropa**, 18. Oktober 2022 – **Predigt der EKD-Ratsvorsitzenden Kurschus am Reformationstag** 28 Seiten / 3,60 €

4/23 – **11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (2)** Karlsruhe, 31. August bis 8. September 2022 – 48 Seiten / 4,80 €

5-6/23 – »**Gott mit uns!**« **– Das schwierige Erbe des Nationalprotestantismus** Symposium des Lernorts Garnisonkirche und der Martin-Niemöller-Stiftung e.V., 1. bis 2. Oktober 2021 – 84 Seiten / 6,80 €

7/23 – **Synodentagung 2022 (3)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 48 Seiten / 4,80 €

8-9/23 – **Die Zukunft der Zivilgesellschaft** (Tagung der Ev. Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Freundeskreis Ev. Akademie Tutzing e.V. und dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung, Tutzing, 3. bis 5. Juni 2022) – 88 Seiten / 6,80 €

10/23 – **Ökumenischer Lagebericht 2022 des Konfessionskundlichen Instituts** (Kollegium des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, Arbeitswerk der EKD (Bensheim)) – 64 Seiten / 5,60 €

11/23 – »**Partnerin, Schulmeisterin, Dienstleisterin, Prophetin. Kirche und Theologie im Verfassungsstaat Bundesrepublik Deutschland**« XIX. Konsultation Kirchenleitung und wissenschaftliche Theologie Worms, 28. bis 30. September 2022 – 68 Seiten / 5,60 €

12/23 – **Krieg in der Ukraine: Kirchliche Stimmen zum Jahrestag des russischen Angriffs** 36 Seiten / 4,30 €

13/23 – **75 Jahre Konfessionskundliches Institut des Evangelischen Bundes** (Studientag und Festvortrag von Bischöfin Kirsten Fehrs, Bensheim, 27. Oktober 2022) – 44 Seiten / 4,80 €

14/23 – **Verleihungen der Hanna-Jursch-Preise der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und des Karl-Barth-Preises der Union Evangelischer Kirchen (UEK)** im Rahmen der XIX. Konsultation Kirchenleitung und wissenschaftliche Theologie, Worms, 28. bis 30. September 2022 – 24 Seiten / 3,60 €

15/23 – **Jahrestag des Anschlags von Hanau** / Predigt Kurschus – **Chemnitzer Friedenstag** / Predigt de Maizière – **Einführung von Jerry Pillay** in sein Amt als ÖRK-Generalsekretär – **Erklärung des Rates der EKD zur Zusammenarbeit mit Sinti und Roma** 20 Seiten / 2,80 €

16/23 – **Evangelische Kirche – wohin?** (Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing, 9. bis 11. Dezember 2022) – 68 Seiten / 5,60 €

17/23 – **Bericht von Landesbischof Bedford-Strohm vor der bayerischen Landessynode** (München, 28. März 2023); **Stellungnahme der VELKD-Bischofskonferenz und -Kirchenleitung zu 50 Jahren Leuenberger Konkordie** (Hannover, März 2023) 20 Seiten / 2,80 €

18/23 – **75 Jahre Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)** (Festgottesdienst, Festakt und 252. Mitgliederversammlung der ACK, Magdeburg, 21. bis 23. März 2023) – 32 Seiten / 4,30 €

19/23 – **Evangelisch predigen** (Gemeinsamer Studientag von Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) und Evangelischer Kirche in Deutschland (EKD) zu »Predigtgemeinschaft«, Frankfurt am Main, 20./21. Februar 2023) – 60 Seiten / 5,30 €

20/23 – **Sport und Politik – Zwischen Autonomisierung und Instrumentalisierung** (5. Sportethischer Fachtag der EKD, Evangelische Akademie Frankfurt, 28. März 2023) – 44 Seiten / 4,80 €

21/23 – **Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing** (15. März 2023) / **Dorothee Sölle – Eine Würdigung von Dr. Horst Gorski** (April 2023) 20 Seiten / 2,80 €

22/23 – **Sterbehilfe / Gemeinsames Wort zur Interkulturellen Woche 2023 / Impulsvortrag von Landesbischof Tobias Bilz** zum Thementag der Sächsischen Landessynode / **Schriftlicher Bericht von Landesbischof Ralf Meister** vor der Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers – 32 Seiten / 4,30 €

23/23 – **Dritte friedensethische Tagung zum Ukraine-Krieg: »Ich habe geträumt, der Krieg wär' vorbei« … Politische Möglichkeiten und theologische Perspektiven aus Ost und West** (Digitaler Studien-Nachmittag der Ev. Akademien, 20. März 2023) – 24 Seiten / 3,60 €

24/23 – **Maß des Möglichen – Perspektiven evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine – Ein Debattenbeitrag** (hrsg. im Auftrag der Ev. Seelsorge in der Bundeswehr) – 48 Seiten / 4,80 €

25/23 – **Festrede von Peter Dabrock**: »Stell Dir vor ›Kirche‹ spricht, und keiner will's hören!« – **Bericht von Präses Kurschus vor der Landessynode – Predigt von Landesbischof Gohl beim Bietigheimer Tag – Vortrag von Vizepräsident Charbonnier**: Journalismus mit Haltung: das Evangelium als Bezugspunkt für die evangelische Publizistik – 28 Seiten / 3,60 €

26/23 – **Sterbehilfe (4)** Deutscher Bundestag: Gesetzentwürfe zur Neuregelung der Suizidhilfe Entschließungsanträge zur Suizidprävention / Landessynode der Ev. Kirche von Westfalen: Theologisch-ethische und rechtliche Bewertungen zur Neuregelung des assistierten Suizids – 48 Seiten / 4,80 €

27/23 – **38. Deutscher Evangelischer Kirchentag (1)** Eröffnungs- und Schlussgottesdienste, Podien Nürnberg, 7. bis 11. Juni 2023 – 32 Seiten / 4,30 €

28/23 – **Ökumenischer Dialog mit der römisch-katholischen Kirche** (Frühjahrstagung der Bischofskonferenz der VELKD mit Kurt Kardinal Koch, Kloster Loccum, 11.-14. März 2023) – 40 Seiten / 4,30 €

29/23 – »**Vom Krieg zum Frieden**« (Tagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins in Kooperation mit der Martin-Niemöller-Stiftung, Erfurt, 24. bis 26. März 2023) 60 Seiten / 5,30 €

30/23 – **Sterbehilfe (5)** Deutscher Bundestag: Debatte über Gesetzentwürfe zum assistierten Suizid am 6. Juli 2023/Entschließungsantrag »Suizidprävention stärken«; Stellungnahmen von Kirchen und Diakonie zur Bundestagsdebatte – 36 Seiten / 4,30 €

31/23 – **38. Deutscher Evangelischer Kirchentag (2)** Bibelarbeiten, Nürnberg, 7. bis 11. Juni 2023 60 Seiten / 5,30 €

32/23 – **Schuldbekenntnis der EKHN gegenüber queeren Menschen** 3. Tagung der 13. Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Frankfurt am Main, 27. bis 29. April 2023 24 Seiten / 3,60 €

33/23 – **Klimapolitik und Ungleichheit – 12. Konferenz zur sozialen Spaltung** (Tagung der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg) 40 Seiten / 4,30 €

34/23 – **Jahresempfang Foyer Kirche und Recht** Mit Festvorträgen von Kirchentags-Generalsekretärin Dr. Kristin Jahn und Prälat Dr. Karl Jüsten (Karlsruhe, 28. Juni 2023 und 19. Juli 2022) – 28 Seiten / 3,60 €

35/23 – **Unselige Kontinuitäten?!** Historische Feindbildproduktion wahrnehmen, als Herausforderung protestantischer Geschichte annehmen und als postkoloniale Aufgabe aufnehmen (Eine Kooperationsveranstaltung vom Zentrum für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit, dem Christian Jensen Kolleg und der Evangelischen Akademie der Nordkirche, Breklum, 25.-27. Oktober 2022) – 60 Seiten / 5,30 €

36/23 – **Öffentlich-Rechtliche im Brennpunkt** (Frühjahrstagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing, 17.-19. März 2023) 44 Seiten / 4,80 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen:
GEP gGmbH Leserservice
Postfach 1154
23600 Bad Schwartau
Tel.: 0451 4906-830
Fax: 0451 4906-950
E-Mail: gep-leserservice@medienexpert.com
Internet: http://www.epd.de

Das Abonnement kostet monatlich 34,65 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 40,25 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 31,95 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzelexemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.